

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfspaltige Preiszelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Anzeigebriefe für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr nachmittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 242.

Dienstag, den 15. Oktober 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Parteigenossen!

Die Besorgnis, daß aus dem Balkankrieg leicht ein Weltbrand entstehen könne, lastet schwer auf den Völkern Europas. Die Diplomatie, deren Unfähigkeit und Unaufrichtigkeit gerade jetzt wieder vor aller Welt bloßgelegt ist, kann mit ihren Versicherungen, daß durch das Einvernehmen der Großmächte dafür gesorgt sei, daß sie durch den Krieg auf dem Balkan nicht in Mitleidenschaft gezogen werden, sondern daß der Krieg lokalisiert werden würde, keinen Glauben finden.

Unsere Parteipresse hat von vornherein auf die Gefahr des Weltkrieges hingewiesen und die Regierung davor gewarnt, sich in kriegerische Verwicklungen hineinziehen zu lassen. Das Proletariat kann durch keine Künste in eine kriegerische Stimmung hineingekehrt werden. Das Proletariat aller von der Kriegsgesfahr bedrohten Länder ist vielmehr eines Sinnes: es verabscheut den Krieg und ist entschlossen, mit aller Kraft seine Ausdehnung zu verhindern.

Das Internationale Bureau wird dieser Auffassung, in der das internationale Proletariat völlig einig ist, entschieden Ausdruck geben. Im Hinblick auf den Ernst der Situation haben wir beantragt, daß das Bureau, dessen Sitzung auf den 28. Oktober anberaumt ist, wenn irgend möglich, schon früher zusammentritt.

Unsere Parteigenossen müssen auf der Hut sein und jede Gelegenheit ergreifen, um in wichtigen Demonstrationen für den Weltfrieden einzutreten. Im ganzen Reiche sind zu diesem Zwecke Massenversammlungen des Volkes zu veranstalten. Wie das Proletariat über den länderübergreifenden, bluttriefenden Imperialismus urteilt, wird bereits in den Versammlungen, die am Sonntag, 20. Oktober, in Preußen stattfinden, zum entschiedenen Ausdruck gelangen. Die Knochen auch nicht eines einzigen Proletariats dürfen geopfert werden! Unsere Parole lautet klar und entschieden:

Nieder mit dem Krieg!

Berlin, 14. Oktober 1912.

Der Parteivorstand.

Arbeitslosigkeit und Teuerung im bevorstehenden Winter.

Hier und da in deutschen Landen raffen sich die Stadtväter auf und beschließen, daß angesichts der wachsenden Teuerung und im Hinblick auf die Untätigkeit der staatlichen Organe seitens der Stadtverwaltungen etwas unternommen werden müsse, um die allgemeine Not zu lindern. Die meisten derartigen Beschlüsse beschränken sich darauf, die Staatsregierung auf den herrschenden Notstand hinzuweisen und Abhilfe zu fordern. Nur selten findet sich die Absicht, durch selbständige praktische Maßnahmen der Teuerung entgegenzuwirken. Man gibt sich eben auch in den Stadtparlamenten vielfach der trügerischen Hoffnung hin, daß die Teuerung eine „vorübergehende Erscheinung“ sei, die bald wieder normalen Preisverhältnissen weichen muß. Dieser Optimismus ist schon längst durch die fortwährende Zunahme der Teuerung Lügen gestraft worden. Im kommenden Winter wird sich aber erst in vollem Umfange zeigen, welche ungeheure Gefahr die Teuerung für unsere gesamte Volkswirtschaft und besonders für die wenigerbemittelten Schichten der Bevölkerung bedeutet. Erfahrungsgemäß bringt schon der Monat November eine erhebliche Steigerung der Arbeitslosigkeit, die in den Monaten Dezember bis Februar ihren Höhepunkt erreicht und auch im März nur eine leichte Abschwächung aufweist. Je nach dem allgemeinen Stande der gewerblichen Konjunktur und nach den Ausweisen der deutschen Fachverbände in den Monaten Dezember bis Februar 1,6 bis 4,4 Prozent aller organisierten Arbeiter arbeitslos. In den Großstädten erhöht sich die Arbeitslosigkeit noch in weit stärkerem Maße. Es ist auch zu berücksichtigen, daß die Organisierten die Elite der Arbeiterschaft darstellen, und daß verhältnismäßig weniger der Arbeitslosigkeit aus-

gesetzt sind als die Nichtorganisierten. Von den einzelnen Berufsgruppen stellen wiederum die Bauarbeiter, Bauhandwerker und ungelerneten Arbeiter den stärksten Prozentjah der Arbeitslosen.

Wenn auch im laufenden Jahre die Gesamtkonjunktur im allgemeinen sich befriedigend entwickelt hat, so ist doch nicht zu verkennen, daß der Andrang am Arbeitsmarkte auch in den Sommermonaten stärker war als im Vorjahre und daß in den Großstädten fast dauernd ein auffallendes Ueberangebot an Arbeitskräften festgestellt wurde. Infolgedessen muß angenommen werden, daß die winterliche Arbeitslosigkeit diesmal größer sein wird als im Vorjahre. Was aber bedeutet es für eine Arbeiterfamilie, wenn in dieser Zeit der Ernährer Wochen und Monate hindurch „arbeitslos“ ist? Davon kann man sich einen ungefähren Begriff machen, wenn man sich vergegenwärtigt, in welchem Tempo die Kosten der Lebenshaltung im Laufe des letzten Jahres gestiegen sind. Im Monat August 1912 berechneten sich die Kosten des Nahrungsmittelkaufes für eine vierköpfige Arbeiterfamilie, Eltern und zwei Kinder, auf 26,66 Mark pro Woche. Das bedeutet im Vergleich zum Vorjahre eine Steigerung der Haushaltskosten um 2,01 Mk. pro Woche. Gleichzeitig sind aber auch die Preise für Brennmaterialien, die Wohnungsmieten und auch die Steuern und Abgaben nicht unerheblich gestiegen. Die Teuerung macht auch gegenwärtig noch weitere Fortschritte. Ein Kilo Schweinefleisch kostete nach den Ausweisen von 50 preussischen Städten im September 1912 durchschnittlich 185,8 Pfg. gegen 148,7 Pfg. im Vorjahre. Der Preis für ein Kilogramm Rindfleisch ist gleichzeitig von 169,4 auf 194,4 Pfg. gestiegen. Kalbfleisch kostete im September 1912 durchschnittlich 205,1 Pfg. gegen 186,6 Pfg. im vorjährigen Parallelmonat. Der Preis für Schweinefleisch erhöhte sich von 170,3 auf 205,1 Pfg. pro Kilo. Sogar Pferdefleisch ist im letzten Jahre um 8,8 Pfg. pro Kilo im Preise gestiegen. Hat die zunehmende Teuerung schon weiten Schichten der Bevölkerung das Sparen eines Kopfpennings ganz unmöglich gemacht und sie zur weitgehenden Einschränkung der Lebenshaltung gezwungen, so wird sie in den kommenden Monaten noch erheblich dazu beitragen, das Arbeitsloseneleud zu verschärfen und eine große Menge von kinderreichen Arbeiterfamilien direkt dem Verderben aussetzen. Die Herren von den Teuerungskommissionen aber werden im warmen Zimmer in bequemen Klubsesseln am grünen Tisch sitzen und nach monatelangen Beratungen zu der Erkenntnis kommen, daß anscheinend tatsächlich das Niveau der Lebensmittelpreise sich gehoben hat und daß unbedingt etwas geschehen muß — nicht um die krasse Not zu lindern —, sondern damit eben etwas geschieht. Sanft Bureaufkratius war noch nie die Verkörperung rascher Entschlossenheit und Tatkraft.

Die Lage auf dem Balkan.

Bulgarien und Serbien stellen in ihrer Note an die Türkei Forderungen auf, die darauf schließen lassen, daß eine Beilegung der Differenzen nicht von ihnen beabsichtigt wird. So verlangen sie u. a. als Bevwalter der Provinzen belgische oder schweizerische Generalgouverneure. Daß sich die Türkei hierauf nicht einläßt, ist klar. Und da diese Forderungen gewissermaßen als Ultimatum anzusehen sind, so werden die Feindseligkeiten wohl bald einen ernsteren Charakter annehmen.

Griechenland hat jetzt gleichfalls ein Ultimatum gestellt. Die Regierung beauftragte den Gesandten in Konstantinopel, der Pforte eine Note zu überreichen, die die Freigabe der beschlagnahmten griechischen Handelschiffe und eine Entschädigung der Eigentümer binnen vierundzwanzig Stunden fordert.

Auch die türkische Regierung hat den Mächten eine Antwortnote zugehen lassen. In derselben erklärt der Minister des Außern im Namen der ottomanischen Regierung, daß die Pforte, wie die Vorschläge sich überzeugen konnten, die Notwendigkeit der Durchführung von Reformen anerkannt habe, die für die Verwaltung des Reiches anwendbar seien, um das Gedeihen, die Eintracht und die Harmonie unter den heterogenen Teilen des Reiches zu sichern. Er glaube aber, daß eine fremde Einmischung diesem Werke nicht nützlich sein werde. Wenn die bis jetzt gemachten Reformversuche nicht geblüht seien, so liege die Ursache in den Störungen, die von den bekannten Herden der Verhegung hervorgerufen worden seien. Der Minister erklärte ferner, daß die Pforte sich den von den Mächten aufgewandten Anstrengungen vollständig anschließen werde, um Konflikte vorzubeugen, die großes Unglück im Gefolge haben würden und deren Ausgang niemand voraussehen könnte. Weiterhin weist er

auf die Bestimmung des Artikels 23 des Berliner Vertrages hin und erklärt, die Pforte sei entschlossen, das Gesetz von 1880 in seinem ganzen geschichtlichen Umfange anzuwenden, und werde einen entsprechenden Gesetzentwurf bei der Eröffnung des Parlaments einbringen. Die gegenwärtige Regierung dürfe nicht für die Winkelzüge der Vergangenheit verantwortlich gemacht werden; sie sei entschlossen, mit der Vergangenheit zu brechen. Die ottomanischen Behörden würden den Befehl erhalten, unverzüglich das Gesetz von 1880 in Kraft treten zu lassen. — Zu dem Inhalt der Antwortnote wird ergänzend gemeldet, daß die beabsichtigten Reformen nicht allein in der europäischen, sondern auch in der asiatischen Türkei durchgeführt werden sollen.

Serbien hat jetzt auch offiziell den Kampf aufgenommen, nachdem türkische Truppen bei Ristomak über die serbische Grenze gerückt sein sollen. Nach einer anderen Meldung aus Konstantinopel ist die Sache aber umgekehrt. Danach haben zuerst serbische Truppen die türkische Grenze überschritten und Sibasse und Leostanisch besetzt. Bei Sieniza sollen die Serben einen Angriff versucht haben, jedoch zurückgeschlagen sein.

Aber die türkisch-montenegrinischen Kämpfe liegen folgende Meldungen vor:

Offiziell wird in Konstantinopel bekannt gegeben: Die Kämpfe um Berane dauern fort. Die Montenegriner stießen bei Gujine auf heftigen Widerstand. Bei Luzzi kam es zu äußerst heftigen Kämpfen. Die Montenegriner wurden bei Branja zurückgeschlagen.

Das Reutersche Bureau meldet aus Podgorica: Nach einem Telegramm des Generals Wukotitsch haben seine Truppen Sonntag die Höhe Vjitor bei Gujine besetzt. Die Türken, die heftigen Widerstand leisteten, erlitten beträchtliche Verluste. An dem nämlichen Tage haben die Montenegriner zwei weitere Stellungen der Türken besetzt. Die Verluste der Montenegriner seit Beginn des Krieges betragen 256 Tote und 800 Verwundete.

Nach den heute vorliegenden detaillierten Berichten stellt sich die Schlacht von Podgorica als eine Reihe vereinzelter Vorpostengefächte dar. Nach zuverlässigen Meldungen wurden etwa 200 Türken gefangen genommen und etwa 100 getötet. Die Montenegriner erlitten beim Angriff auf das Bergort Detschisch empfindliche Verluste. Sie selbst geben zu, daß 200 Mann gefallen sind. Im Hospital von Podgorica liegen 378 Schwerverwundete; die Leichtverwundeten sind zu ihren Truppenteilen zurückgekehrt. Es hat sich herausgestellt, daß die montenegrinische Armee sehr schlecht für den Krieg equipiert ist. Auch der Train läßt viel zu wünschen übrig. Es mag diesem Umstand zuzuschreiben sein, daß die Montenegriner nicht sofort vordrangen. Nach einem weiteren Berichte ist die allerdings kleine türkische Garnison von Luzzi umzingelt und von Skutari abgeschnitten. Sie hält aber tapfer stand und will sich nicht ergeben. In allen Gefechten um Podgorica scheinen nur ganz geringe türkische Truppenkörper engagiert gewesen zu sein.

Sonntag wurden Verhandlungen wegen Ubergabe der Stadt Luzzi und ihrer Befestigungen geführt. Die Türken verlangten freien Abzug für die gesamte Besatzung mit Waffen nach Skutari. Die Montenegriner gingen darauf nicht ein, sondern boten der Besatzung, die 500 Mann stark sein soll, an, sie auf montenegrinische Kosten mit österreichisch-ungarischen Schiffen von Antivari nach Konstantinopel zu befördern.

Die „Agence Ottomane“ meldet: Die Montenegriner brannten das Städtchen Branja in der Nähe von Luzzi nieder. Die heftigen Kämpfe um Luzzi und Branja dauern an. Türkische Hilfstruppen rücken vor.

Aus Athen liegt folgende wichtige Nachricht vor: Die griechische Kammer ist wieder zusammengetreten. Die kreitischen Deputierten, die ebenfalls anwesend waren, wurden mit Beifall begrüßt. Ministerpräsident Venizelos erklärte, die Regierung nehme das unionistische Votum der kreitischen Versammlung an und erkläre in aller Form, daß in Zukunft nur eine einzige Kammer für Kreta und Griechenland bestünde. Er fordere die kreitischen Abgeordneten auf, sich nach Kreta zu begeben, wo die Neuwahlen gemäß der griechischen Verfassung vorzunehmen seien. Venizelos erklärte weiter, trotz des Wunsches nach Frieden werde Griechenland, das sich nicht nur moralisch und materiell, sondern auch durch die Hilfe der verbündeten Staaten stark fühle, siegesgewiß allen Gefahren die Stirn bieten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Krieg und die Börse.

Mit erneuter Heftigkeit setzten an der Sonnabend-Börse in Berlin Kursstürze ein. Erhöht wurde die Deuts-

ruhigung durch die Sturmmeldung über den Verlauf der Wiener Börse. Erfolglos blieb der Versuch der Großbanken, durch Interventionskäufe den Verkaufsstrom zu dämmen. Teils aus Angst, teils aus Zwang verkaufte das Publikum; die Interventionskäufe der Banken wurden zum Teil dadurch wieder wett gemacht, daß sie durch Forderungen erhöhter Einzahlungen ihre Rundschiff zum Verkauf von Papieren gedrängt hatten. Es büßten die Aktien der Dampfschiffahrtsgesellschaft „Hansa“ bis 20 Prozent ein; die Aktien der Kanadabahn verloren 9 Proz., Phönix 6 Proz., die Aktien der deutsch-luxemburgischen Bergwerksgesellschaft 7 Proz., der Kurs der deutschen Reichsanleihe wich um 0,40 Proz. — Auch auf dem Kassamarkt waren die Kursrückgänge wieder außerordentlich groß. Am stärksten waren die Verluste der Aktien der Maschinenfabrik Kappel in Chemnitz und der Waggonbauanstalt Linde in Breslau; die Kurse dieser Aktien büßten je 20 Proz. ein. — Ganz enorm waren die Preissteigerungen auf dem Getreidemarkte. Roggen zog für Dezemberlieferung um 7 Mk. für die Tonne an, Weizen um 4 Mk. und Hafer gleichfalls um 4 Mk. pro Tonne. Der Preis für den Doppelzweizer Weizenmehl stieg um 0,50 Mark und für Roggenmehl um 0,60 Mk.

Sozialdemokratie und Petroleummonopol.

Die „Germania“ läßt sich von gut unterrichteter Seite schreiben, daß die Sozialdemokratie einem angeblich beabsichtigten Petroleummonopol zustimmen werde. Die „gut unterrichtete“ Seite bemerkt weiter:

„Die Regierung will nämlich schon im ersten Jahr rund 25 Millionen Mark mehr aus dem Petroleum herausziehen, als jetzt. Wenn sie dies offen sagt und den nächstliegenden Weg der Erhöhung des Zolles geht, dann bekommt sie nie eine Mehrheit, in diesem Reichstage schon gar nicht. Darum soll der Umweg über das Monopol gemacht werden, um eben die Genossen einzuzangen. Ob Monopol oder Steuer, wenn das Reich aus dem Petroleum 25 Millionen Mark mehr herausziehen will, so ist das eben eine neue indirekte Steuer für die ärmsten Volksschichten; diesen ist es ganz gleichgültig, wie sie zu bezahlen haben. Das Monopol ist vom Standpunkte des Steuerzahlers sogar das Schlimmere, denn wenn wir erst das Monopol haben, dann wird bei jedem Geldbedarf des Reiches einfach der Preis in die Höhe gesetzt, und kein Mensch kann sich wehren. Die Sozialdemokratie, die für das Monopol stimmt, stimmt damit auch für die neuen Zukunftslasten.“

Die „Germania“ und ihre „gut unterrichtete“ Seite mögen sich beruhigen, die Sozialdemokraten werden zu einer Verteuerung des Petroleums bestimmt nicht die Hand bieten. Ein Monopol, allerdings ein privates, besteht aber heute schon und wenn Maßnahmen getroffen werden können, den Profit dieser Privatgesellschaften herabzudrücken, um gleichzeitig den Verbrauch zu verbilligen, so wird die Sozialdemokratie ihre Mithilfe nicht verweigern. Die „Germania“ vertritt in der von ihr veröffentlichten Einsetzung direkt die Interessen der Magnaten des Petroleum-Trusts, und es ist eine geradezu erbärmliche Heuchelei, wenn ein führendes Blatt des Zentrums über Verteuerung des Petroleums jammert, ein Blatt derselben Partei, die sich nicht geschämt hat, dem Volke sogar die Streichhölzer zu verteuern!

Kämpfe Anwartschaft auf den Posten des Reichstagspräsidenten.

Für das „Berliner Tageblatt“ ist es offenbar nicht nur interessant, daß Kämpf glatt wiedergewählt wird, das Blatt hält es auch für ganz selbstverständlich, daß ihn der Reichstag wieder zu seinem Präsidenten erkürt. Die „Deutsche Tageszeitung“ meinte, jetzt sei die Gelegenheit, das Reichstagspräsidium nach dem Willen der Reichstagsmehrheit zu gestalten; diese Bemerkung wird vom „Berliner Tageblatt“ als müßiges Geschwätz beiseite geschoben, dafür bringt es die Meldung, daß der Vizepräsident Dr. Paasche zurückkehrt und daß in dessen Hand die Führung der Reichstagsgeschäfte liegen werde, bis die Wiederwahl des bisherigen Reichstagspräsidenten Kämpf in Berlin-Mitte geschieht und seine Neuwahl ins Präsidium erfolgen kann.

Das „Berliner Tageblatt“ täte gut, nicht allzu siegesicher zu sein. Wir hören, daß die Demokraten bei der Nachwahl die größten Anstrengungen machen werden, und wenn auch die Demokraten keine Hoffnung auf Sieg haben, so kann deren Arbeit doch dem Fortschritt und Herrn Kämpf recht gefährlich werden. Ehe das „Berliner Tageblatt“ Herrn Kämpf wieder auf den Präsidentenstuhl setzt, ist es schon vorsichtiger, ihn erst wählen zu lassen.

Die preussischen Städte gegen die Landratsaufsicht.

Aber die finanzielle Aufsicht des preussischen Landrats fällt am letzten Verhandlungstage der Reichsverband deutscher Städte ein vernichtendes Urteil. Die preussische Regierung plant, die nichtkreisfreien Städte unter die Aufsicht der Landräte zu stellen und die Sammelkommission des Landtages hat bereits einen derartigen Beschluß gefaßt. Schon der vor einigen Tagen abgehaltene preussische Städtetag hat sich mit dieser Sache befaßt und hat ausgesprochen, daß das Ausweichen der Städte aus dem Kreise, also die Selbständigmachung der Städte, nicht erwünscht, sondern erleichtert werden müsse. Auf Grund eines Dringlichkeitsantrages, in dem verlangt wird, daß der Vorstand unverzüglich von neuem Schritte zu unternehmen habe, die geeignet erscheinen, die aus Anlaß der Verwaltungsreform angeregte Übertragung der Staatsaufsicht über die kreisangehörigen Städte aller Provinzen auf Gleichstellung mit den selbständigen Städten der Provinz Hannover zu verwirklichen, wurde diese Angelegenheit auf die Tagesordnung gesetzt. Der Verband beschloß nach einem Referat des Bürgermeisters Brückner-Schleswig, die Abgeordneten aller Parteien zu ersuchen, im Sinne des Antrages zu wirken.

Neue Bergwerksvereinigungen.

Der Bundesrat hat in seiner letzten Sitzung dem unabhängigen Ausschuss eine Vorlage übergeben, die die Schaffung von drei neuen Bergwerksvereinigungen betrifft. Es handelt sich um die Errichtung einer Kleinhandels-Bergwerksvereingung, einer Sächsisch-Bergwerksvereingung und einer Sächsisch-Bergwerksvereingung. Da die neue

Unfall-Versicherung am 1. Januar n. J. in Kraft tritt, wird die Bekanntmachung über die Errichtung der neuen Berufsgenossenschaften voraussichtlich in diesem Monat noch erfolgen.

Die Christlichen und das Zuchthausgesetz.

Die „Kreuzzeitung“ ist mit dem christlichen Gewerkschaftstongress, der vorige Woche in Dresden tagte, im großen ganzen sehr zufrieden. Um so zufriedener, als ein Vertreter der konservativen Partei, der Abg. Graf Carmer-Zieserwitz, von dem Kongress freundlich aufgenommen wurde, was die „Kreuzzeitung“ zu der Hoffnung berechtigt, daß die christlichen Arbeiter auch als Wähler den Konservativen nützlich werden können. Nur mit Einem ist die „Kreuzzeitung“ nicht zufrieden, und sie kann sich nicht verkneifen, ihre „diesbezüglichen“ Bedenken zu äußern:

„Mit einem wahren Fanatismus hat die Leitung der christlichen Gewerkschaften sich in eine unverständliche Gegnerschaft zu der notwendigen Verstärkung des Arbeiterschutzgesetzes verrannt. Ohne Zweifel ist das noch immer die Wirkung der von der Sozialdemokratie angezettelten, vom „sozialen“ Liberalismus unterstützten unwahren Hege gegen das sogenannte Zuchthausgesetz. Von diesem Nachsprechen roter Phrasen, von der Unterstellung übler Motive bei den Befürwortern von Schutzmaßnahmen gegen sozialdemokratische Bergewaltigungen sollten die christlichen Gewerkschaften sich endlich befreien. Es berührt jedenfalls höchst peinlich, als der Reichstagsabgeordnete Becker in seinem Korreferat über das „Arbeiterrecht“ die Freunde des Arbeiterschutzgesetzes als dumme oder hohle Leute charakterisierte, ohne daß er eine Zurückweisung erfahren hätte.“

Der Schmerz der „Kreuzzeitung“ ist begreiflich. Aber sie sollte nicht vergessen, daß die kirchlichen Drahtzieher wenigstens einige Rücksicht auf die Zentrumsarbeiter nehmen und vor der Öffentlichkeit Arbeiterfreundlichkeit heucheln müssen. Es ist gar nicht so böse gemeint, wenn ein Becker oder sonst einer der sogenannten Arbeitervertreter des Zentrums grobe Worte gegen eine Zuchthausvorlage gebraucht; wenns darauf ankommt, werden diese Leute im Reichstage einer Knebelung der Arbeiterschaft nicht ernsthaft widersprechen.

Rüstung zugunsten der Gewehrfabrikanten.

Die Regierung hat es für notwendig gehalten, auf die Beschwerde des Wehrvereins über das langsame Tempo der Errichtung von Maschinengewehrkompanien zu antworten. Eine offiziöse Notiz entschuldigt dieses Tempo nicht nur mit etatsrechtlichen Bedenken, da die Ausgaben für die sofortige Errichtung aller Kompanien nicht bewilligt seien, auch sei maßgebend, daß die Gewehrfabriken nicht in der Lage seien, diese 500 oder mehr Präzisionswaffen in einer Frist von 6 Monaten herzustellen.

Wie recht wir hatten, als wir den Vorstoß des Wehrvereins auf Treibereien der Waffenfabriken zurückführten, zeigt die Bemerkung, die die „Post“ zu der offiziellen Rechtfertigungsnote macht:

„Diese Verlautbarung sucht die Regierung von dem Vorwurf, eine schwere Verlässlichkeit auf sich geladen zu haben, freizumachen, ohne jedoch stichhaltige Gründe beizubringen. Es unterliegt im Gegenteil keinem Zweifel, daß die Regierung, wenn sie nur gewollt hätte, vom Reichstage die gesamten Maschinengewehrforderungen auch für dieses Jahr bewilligt erhalten hätte. Wenn ferner die Nachrichtenstelle der Meinung ist, es müsse „gebührende Rücksicht auf die Fabrikationsmöglichkeiten“ genommen werden, so können wir diese Anschauung nur als eine tiefbedauerliche Untererschätzung der deutschen Waffenindustrie bezeichnen. Wir sind vielmehr der Meinung, daß unsere Industrie erstklassige Maschinengewehre in der bewilligten Zahl nicht in sechs Monaten, sondern, wenn es sein muß, sogar in noch kürzerer Zeit fertigstellen vermag.“

Woraus folgt, daß natürlich der Reichstag, um die Leistungsfähigkeit der Gewehrfabriken voll auszunutzen, sofort ein weiteres Schok Maschinengewehrkompanien bewilligen muß. Das deutsche Volk ist ja nur dazu da, die Säcke der Militärlieferanten zu füllen.

Ein neues wichtiges Gesetz.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ macht Mitteilungen über den Inhalt eines Gesetzesentwurfs, betreffend den Verkehr mit Mineralöl, der dem Reichstag bei seinem Zusammentritt zugehen soll. Danach wird die Errichtung einer Vertriebsgesellschaft mit der ausschließlichen Befugnis zum Großhandel mit Leuchtöl vorgezogen, die unter Aufsicht des Reichs von Kaufleuten geleitet und von deutschen Finanzgesellschaften organisiert und finanziert werden soll. Der Kleinhandel mit Leuchtöl sowie der Verkehr mit den übrigen Mineralölen werden von der geplanten Regelung nicht berührt. Die Gesellschaft ist in dem Gewinne begrenzt. Sie darf mehr als handelsüblich Verzinsung nur dann verdienen, wenn es ihr gelingt, die Preise unter einer bestimmten mäßigen Grenze zu halten. An dem so beschränkten Gewinne ist auch das Reich beteiligt, da es nicht gerechtfertigt wäre, den Gewinn, der teilweise der vom Reich übertragenen ausschließlichen Handelsberechtigung der Gesellschaft zu verdanken ist, dem privaten Kapital allein zu überlassen. Die dem Reich zuzuführenden Erträge sollen dazu dienen, die Erfüllung sozialpolitischer Aufgaben, die bisher hauptsächlich aus finanziellen Erwägungen hintangestellt werden mußten, zu ermöglichen. Der Zweck der Vorlage ist in erster Linie ein nationaler und volkswirtschaftlicher: Es soll die Gefahr eines Monopols der Standard Oil Company auf dem deutschen Markt abgewendet werden, die dadurch nahe gerückt ist, daß die genannte Gesellschaft ihre Herrschaft über immer weitere Zweige des Handels ausdehnt und, sobald sie die letzten Wettbewerber überwunden oder sich mit ihnen verständigt hätte, nicht zu hindern wäre, dem Verbraucher höhere Preise anzuerlegen. Es erscheint nach den angeführten Erhebungen erreichbar, die Versorgung des deutschen Marktes ausserordentlich ohne Beteiligung der Standard Oil Company sicher zu stellen und dazu auch unabhängige amerikanische Produktionsgesellschaften heranzuziehen. Sofern die Standard Oil Company auf ihre bisherige herrschende Stellung verzichtet, soll auch sie weiter an der Versorgung Deutschlands mit Leuchtöl beteiligt werden. Das Gesetz richtet sich also nicht gegen amerikanisches Petroleum als solches, sondern

nur gegen eine etwaige Monopolisierung einer ausländischen Gesellschaft. Mit der Vorlage wird der mit großer Mehrheit angenommenen Resolution des Reichstags vom März 1911 Rechnung getragen.

Akkordarbeit.

Die Reichstagsnachwahl im 1. Berliner Wahlkreis findet bereits am Dienstag, dem 5. November statt. Hoffentlich holt bei dieser Wahl der Diwvll den Rämpf.

Italien.

Die Friedensverhandlungen. Wie die „Agence Havas“ aus Dudy meldet, ist die gestrige Besprechung der türkischen und der italienischen Delegierten abends um 5 Uhr geschlossen worden, ohne daß ein endgültiges Ergebnis erzielt worden wäre. Eine gut unterrichtete Persönlichkeit erklärte, sie habe von der Besprechung den Eindruck bekommen, daß die Verständigung einen großen Schritt vorwärts getan habe.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 15. Oktober.

Die Eingemeindungsfrage vor der Bürgerschaft. Die Lübecker Bürgerschaft hielt gestern eine Sitzung ab, die fast ausschließlich von der Beratung über die Eingemeindung von Travemünde und elf weiteren Landgemeinden in die Stadt Lübeck ausgefüllt wurde. Es hat langer Vorberhandlungen bedurft, bevor die Senatsvorlage die Gestalt erhielt, in der sie gestern verabschiedet wurde. Zweifellos sind manche Wünsche der Einwohner verschiedener der nunmehr der Stadt einverleibten Landgemeinden nicht erfüllt worden, aber für die Eingemeindung kommen höhere Gesichtspunkte in Betracht, die nicht jeden kleinen Einzelwunsch in Erfüllung gehen lassen können.

Eingeleitet wurde die Beratung über die Eingemeindungsvorlage durch eingehende Darlegungen des Senators Dr. Neumann über die Motive, die für die Eingemeindung maßgebend sind und über den Nutzen, den sowohl die Gemeinden selbst als auch die Stadt davon haben. Dann holte Herr Grünau, der in der Gemeindeverwaltung Travemündes sitzt, zu einer stundenlangen Rede aus, in der er zunächst in den schwärzesten Farben die Lasten malte, welche Lübeck aus der Eingemeindung Travemündes entstehen würden. Merkwürdiger Fall! Wenn die Travemünder bisher so viel aus ihrer eigenen Tasche aufwenden mußten, wie Grünau behauptete, dann sollten sie doch eigentlich froh sein, wenn die Stadt ihnen nun die Lasten tragen helfen will. Das liegt doch gerade im Interesse der Einwohner Travemündes. Als schwerstes Bedenken gegen die Eingemeindung Travemündes machte Grünau den zu erwartenden Verlust der Selbstverwaltung geltend. Ja, hat denn Travemünde bisher wirklich eine Selbstverwaltung gehabt, in der alle Einwohner Travemündes genügend vertreten waren? Sicherlich nicht. Eine Handvoll besser gestellter Leute repräsentierte die Selbstverwaltung, von der Grünau sozial Aufhebens machte. Und merkwürdig war es ferner, daß Grünau ganz damit einverstanden war, daß Moisling und andere Gemeinden eingemeindet werden und damit ihre Selbstverwaltung verlieren. Wo war in diesen Fällen sein liberales und demokratisches Programm, mit dem er die Eingemeindung Travemündes abzuwenden versuchte? Die Antwort, welche Senator Neumann auf die Ausführungen Grünaus gab, war geeignet, etwa entstandene Bedenken gegen die Eingemeindung Travemündes zu zerstreuen.

Als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion legte Genosse Dr. Schlomer in großzügiger Weise unsern zustimmenden Standpunkt zu der geplanten Eingemeindung dar. Wir wollen auf diese Weise eine Vereinheitlichung der Verwaltung und eine Förderung der sanitären, sozialen und pädagogischen Verhältnisse, wie sie bisher im Eingemeindungsgebiet bestanden, erreichen. Gewiß sind finanzielle Gesichtspunkte bei der Eingemeindung zu berücksichtigen, aber sie dürfen nicht ausschlaggebend sein. Redner gab dann noch einer Reihe von Wünschen und Anregungen Ausdruck und beantragte, die bürgerlichen Deputierten für Travemünde durch alle volljährigen Einwohner Travemündes auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts wählen zu lassen. Das lehnte aber die Bürgerschaftsmehrheit unter Mitwirkung einer ganzen Anzahl sogenannter Liberaler ab.

An der Debatte beteiligten sich noch mehrere Redner, die durchweg mit der Vorlage einverstanden waren; nur Bent und Böds stellten sich auf den Standpunkt Grünaus. Schließlich, es war beinahe 11 Uhr geworden, gelangte das Eingemeindungsgezet mit einigen unbedeutenden Änderungen gegen wenige Stimmen zur Annahme. Nunmehr hat die Stadt Lübeck eine Einwohnerzahl von mehr als 110 000, ist also tatsächlich in die Reihe der Großstädte eingerückt und weist von Moisling bis Suedersdorf gar einen Durchmesser von 20 Kilometern auf.

Zu Beginn der Bürgerschaftssitzung wurde die Einsetzung einer gemeinsamen Kommission beschlossen, die Maßnahmen gegen die Teuerung vorschlagen soll. Ob der Bürgerausschuss, der die Kommission zu wählen hat, sozial Einsicht besitzt, wird, um auch Vertreter der Arbeiter in diese Kommission zu entsenden, muß abgewartet werden.

Die Angestelltenwahlen und die weiblichen Angestellten. Auch in der Privatbeamtenversicherung sind die Frauen minderberechtigt, insbesondere sind sie von den Sprachinhalten völlig ausgeschlossen. Aber das eine Recht haben sie wenigstens, bei den Vertrauensmännerwahlen (die in Lübeck, bekanntlich Sonntag, dem 27. Oktober stattfinden) Vertreter zu wählen, bei denen auch die Interessen der weiblichen Angestellten gut aufgehoben sind. Nun wird ihnen von einigen Organisationen von Handlungsgehilfinnen eine Liste unter dem verführerischen Namen „Frauenliste“ präsentiert. Die weiblichen Angestellten werden in der Ablehnung dieser Liste die Reife ihres Urteils zu beweisen haben. Denn einmal geht diese Frauenliste von denjenigen Verbänden aus, die für die Zerstörung des neuen Privatbeamtenversicherungs-

gelesen, für die hohen Beiträge und die niedrigeren Leistungen, die volle Verantwortung tragen, und auch sonst durch ihre Tätigkeit die Interessen der angestellten Frauen schädigen. Sodann aber ist diese Frauenliste zu enger Gemeinschaft verbunden mit den Listen der frauenfeindlichsten Handlungsgesellschaften, insbesondere mit der Liste des Deutschen Nationalen Handlungsgesellschaftenverbandes (D. S. W.) des Leipziger Verbandes Deutscher Handlungsgesellschaften und des Vereins von Handlungskommiss von 1888. Alle diese Verbände wollen die Frauenarbeit im Handel, in den Bureaus und Kontoren vernichten und verbieten und schrecken sogar nicht davor zurück, die erwerbstätigen Frauen und Mädchen in der unanständigsten Weise zu beschimpfen. Die Erziehungsideale des D. S. W. sehen nach Ausführungen seines Verbandsorgans („Deutsche Handelswoche“ vom 20. 1. 11) folgendermaßen aus:

Eigentlich sollten — Honni soit qui mal y pense — die jungen Mädchen wie die jungen Kühe und Stuten geweidet werden. Eines aber muß vor allem gewagt werden — erschrecken Sie nicht, meine Herrschaften:

Die Freude am Dienem!
Der ganze Tiefstand deutsch-nationaler Gesinnung zeigt sich aber am besten in einem Flugblatt der Berliner Ortsgruppe des D. S. W., in dem über den Verlauf einer gegnerischen Versammlung u. a. gesagt wird:

... die eble Damenwelt beteiligte sich mit Ausdrücken, die darauf schließen ließen, daß die Friedrichstraße stark entvölkert sein müßte.“

Der Leipziger Verband Deutscher Handlungsgesellschaften sucht sich zwar ein Mäntelchen freieren Denkens umzuhängen; gelegentlich markiert er sogar eine gegenseitige Meinung zum D. S. W.; im Grunde ihres Herzens jedoch sind die Herren in der Frauenfrage genau so reaktionär. Man erinnere sich, daß in einem der ersten Flugblätter dieses Verbandes der Satz vorkam:

Der Beruf des Dienens ist der eigentliche Beruf des Weibes, seine Beschäftigung soll die häusliche sein, und dieser kommt die Beschäftigung in den Gastwirtschaften am ehesten nahe.“

Man erinnere sich, daß die Zeitschrift dieses Verbandes zu dem Eindringen der Frauenarbeit im Handelsgewerbe sagte:

Wir bedauern den sogenannten Fortschritt, der dem Mädchen zu seinem Ritt in das Reich der Männer, zum Ueberreiten der männlichen Kollegen die Steigbügel hält.“

Man erinnere sich weiter, daß der Leipziger Verband noch in jüngster Zeit seine programmatische Stellung zur Frauenfrage rückwärts revidiert hat, indem er den Deutschen Nationalen zuliebe eine Reform des Gefinderechts zum Zwecke der „Ablenkung der Frauenarbeit in andere Berufe“ forderte.

Nicht viel anders steht es mit dem Verein für Handlungskommiss von 1888. Auch er hat den im Handelsgewerbe tätigen Frauen gegenüber immer eine traurige Rolle gespielt. In seinem 41. Jahresbericht z. B. schreibt er:

Die Gegensätze, die zwischen den männlichen und weiblichen Handlungsgesellschaften bestehen, sind unüberbrückbar, und deshalb halten wir es für vollständig verfehlt, mit Frauen kaufmännische Fragen zu beraten.“

Kein Wunder daher, daß auch der 58er Verein in einer Eingabe an den Reichstag verlangt hat, daß die weiblichen Angestellten vom Wahlrecht zu den Kaufmannsgerichten ausgeschlossen werden.

Mit Verbänden dieser Sinnesauffassung ist die „Frauenliste“ vereinigt, und jede Stimme, die für die „Frauenliste“ abgegeben wird, kommt auch den deutsch-nationalen Kämpfern, den Leipziger Sklavenhändlern und den 58er Feinden des Frauenwahlrechts zu den sozialen Einrichtungen zugute. Weibliche Angestellte, die in dieser Weise ihre schimmigen Feinde, ihre ärgsten Beschimpfer wählen, müßten jedes Urteils und jeder Ehre bar sein. Die weiblichen Angestellten müssen die Liste A der Freien Vereinigung wählen, deren männliche und weibliche Kandidaten in gleicher Weise für die Gleichberechtigung der weiblichen Angestellten und die Wahrung ihrer Interessen eintreten.

Also auf zur Wahl am 27. Oktober für die Liste A!

Katholisches. Obwohl es nicht unsere Absicht ist und es auch nicht zu den Aufgaben unserer Partei gehört, irgendeine Religion zu bekämpfen, so verdient doch die Art und Weise, wie die katholische Geistlichkeit Lübeck wieder einmal ihre Schäfchen für den Schoß der „alleinigmächtigen Kirche“ zu gewinnen versucht, einiges Interesse. Vor uns liegt nämlich ein Zirkular der Geistlichen der Lübecker katholischen Gemeinde, das zum Besuche einer Anzahl religiöser Vorträge einladet. In diesem Zirkular heißt es:

P. Bonaventura (der Vortragende) wird zur Belebung und Kräftigung des kath. Glaubens, zur Rettung der unsterblichen Seelen — denn das ist der Zweck dieser Veranstaltung — die ernstesten und erhabensten Wahrheiten unserer hl. Religion in kurzer Auseinandersetzung eindringlich verkünden. Die Vergänglichkeit der Erdenwelt, die Bestimmung des Menschen hienieden, die Wichtigkeit des Seelenheils, was Gott getan zu unserm Heil, und was wir selber tun müssen, alles das, in dem ernstesten, strahlenden Lichte der Ewigkeit betrachtet, soll auf unsere Seelen einwirken. So werden diese Tage zu einer Zeit erster Einsicht, gründlicher Lebensprüfung und Lebensbesserung, aber auch der Versöhnung mit Gott, des Friedens und der Herzensfreude für alle, die guten Willens sind; den Priestern sind für diese Zeit besondere Vollmachten erteilt, um auch diejenigen mit Gott auszusöhnen in reumütiger Reue, die früher sich von ihrem Glauben losgesagt haben. Deshalb mögen alle kommen und keiner zurückbleiben, auch wenn er sich lange Jahre dem kirchlichen Leben fern gehalten hätte. Denn diese Vorträge sind nicht bloß für die Firmlinge, sondern für die ganze Gemeinde bestimmt. Ihr eifriges gutes Katholiken, die ihr das Glück und die Gnade dieser Veranstaltung zu schätzen wisst, bringt auch jene mit zu den Vorträgen, die zwar den Namen nach katholisch sind, aber innerlich voll Kälte und Laueheit abseits stehen! Die Eltern und Herrschaften werden besonders gebeten, ihre Kinder und Diensthöten durch Wort und Beispiel zu reger Teilnahme anzuregen.“

Ueber den Geschmack läßt sich bekanntlich nicht streiten. Aber Vorträge zur Seelenrettung, gehalten von Priestern, die mit besonderen Vollmachten zur Versöhnung mit Gott ausgestattet sind, tragen einen stark mittelalterlichen Charakter und muten beinahe komisch an. Die Bestimmung des Menschen hienieden, die vom „strahlenden, ernstesten Licht der Ewigkeit“ aus betrachtet werden soll, ist bekanntlich nach der Auffassung eines bayerischen Bischofs die, daß wer Knecht ist, Knecht bleiben soll. Auf diese Weise hofft die katholische Kirche das Aufwärts- und Vorwärtsstreben der Arbeiterschaft hindern zu können. Jedenfalls zweifelt die Lübecker katholische Geistlichkeit selbst stark daran, daß viele ihrer Glaubensgenossen die seltsame Gnade dieser Veranstaltung durch besonders zahlreichem Besuch würdigen werden, deshalb wendet sie sich an die Eltern und Herrschaften, damit diese wenigstens ihre Kinder und Diensthöten zu reger Teilnahme aneignen. Daß die angeforderten religiösen Vorträge zur Aufklärung der Hörer bestimmt sind, wird dem von uns zitierten Zirkular wohl kaum jemand anmerken.

Eine gut besuchte Versammlung der Privatangestellten beschäftigte sich gestern im Saale des Restaurants „Monopol“ mit der neuen Angestelltenversicherung. Erfreulicherweise waren auch Gegner der „Freien Vereinigung“ anwesend, wodurch es zu recht interessanten Debatten kam. Zunächst referierte Herr Klemmer aus Hamburg vom Bunde der technisch-industriellen Beamten. Seine recht humorvollen und gutdurchdachten Ausführungen fanden allgemeine Zustimmung. In der Diskussion versuchte zunächst Herr Werkmeyer Kolloff seine Organisation — den Werkmeisterverband — und deren Anschluß an den berichtigten Hauptauschuß zu verteidigen. So gut es Herr Kolloff meinte, so wenig stichhaltig waren seine Gründe. Ja, er mußte selbst zugeben, daß ihm das meiste im Hauptauschuß nicht gefällt und die Bestrebungen der „Freien Vereinigung“ ihm richtiger erschienen, trotzdem will er aber den alten Verbänden Treue halten! Ihm folgten zwei Vertreter der Deutschen Nationalen, die aber einen unbestrittenen Heiterkeitserfolg erzielten, weil beide versicherten, heute nicht auf die Materie eingehen zu wollen und auf andere Veranstaltungen ihrer gelben Organisation hinwiesen; der eine Herr verwies auf Hamburg, wo Donnerstag die Deutsch-Nationalen endlich in die Öffentlichkeit treten wollen. Der andere kündigte solche Veranstaltung für Lübeck am Montag, dem 21. d. Mts. an. Der erste deutsch-nationale Herr griff dabei persönlich den Leiter unserer Versammlung, Herrn Döenthal, an, ihm seine Jugend vorwerfend. Allerdings holte er sich dabei eine böse Abfuhr, die noch von Mehllein, der dann in der Debatte sprach, verstärkt wurde. Nach einem zündenden Schlusswort des Referenten erfolgte dann Schluss der Versammlung, die sicher am Montag, dem 21. d. M. im Lager der Deutsch-Nationalen ihre Fortsetzung finden wird und die zu besuchen wir alle Anhänger der „Freien Vereinigung“ schon jetzt auffordern. Lokal wird noch bekannt gegeben.

Die Dauerfahrt des Marineluftschiffes „L 1“. Nach glänzender und wegen ihrer Durchführung während des herrschenden unsichrigen Wetters doppelt bedeutsamer Fahrt von über 31 Stunden Dauer ist das Marineluftschiff „L 1“ gestern nachmittags 3.43 Uhr in Johannisthal glatt gelandet. Gestern vormittags 9 Uhr kreuzte es bekanntlich über Lübeck. Die kontraktliche Dauerfahrt ging mit 21 Personen und vollständiger Ausrüstung über Fulda und Osnabrück nach Emden, von dort — teilweise gegen einen Wind von 13 Sekundenmetern — 11 Stunden lang quer über die Nord- und Ostsee, dann über Lübeck nach Berlin. Die Befahrung machte trotz der langen Fahrt einen vortrefflichen Eindruck. Mit Rücksicht auf den erschöpften Benzinvorrat, der nur noch eine Flugdauer von etwa 4 Stunden gestattet hätte, erfolgte die Landung noch vor Dunkelwerden. Für die Beurteilung der Leistungsfähigkeit des „L 1“ muß berücksichtigt werden, daß der normale Benzinvorrat wegen der Einschiffung der 5 Personen zählenden Abnahmekommission um das entsprechende Gewicht verringert werden mußte.

h. Geschichte der mittelalterlichen Kunst. Vorträge der Oberstudienbehörde in der Aula des Johanneums. Mit der Wahl des obigen Themas nahmen am gestrigen Abend die so lehrreichen und interessanten Vorträge der Oberstudienbehörde einen vielversprechenden Anfang. Der Vortragende, Herr Museumsdirektor Dr. Schaefer, benutzte seinen ersten Vortrag zur Einleitung und Übersicht der folgenden neun Vorträge. Das Ziel derselben gipfelt darin, die Zuhörer nicht nur in die Kunstgeschichte einzuführen, sondern die ersteren auch in die Lage zu versetzen, das Gesagte mit eigenen Augen nachzuprüfen und die Dinge selber zu sich sprechen zu lassen. Zum besseren Kunstverständnis ist es sehr angebracht, daß man zunächst von dem Nahegelegenen ausgeht und sich dann erst mit der Antike befaßt. Vom Gesichtswinkel des Lübeckers aus sind wir daher gezwungen, die lübeckische und nordwestdeutsche Kunst ausführlich zu behandeln. Um das Erwachen einer selbständigen deutschen Kunst aufzuspüren, muß auf die Antike zurückgegriffen werden. Zur Zeit des römischen Weltreiches war die römische Kunst Weltstil. Was die Kirche anbetrifft, so war sie der Kunst eher feindlich als freundlich gesinnt, denn nach den Lehren der jüdischen und christlichen Religion durfte man keine Bilder von Gott und den Menschen anfertigen und war infolgedessen die Kirche in dieser Beziehung sehr anspruchslos. Im 3. Jahrhundert bei der Gründung von Sonntagsschulen und Gotteshäusern übernahm man einige wenige Formen römischer Kunst und bildete sie nur sehr langsam weiter. Erst nachdem das Chaos der Völkerwanderung sich gelegt hatte und in eine feste Staatsform übergegangen war, setzte die Entwicklung der kirchlichen Kunst ein. Aus der internationalen Masse waren einzelne Staatswesen mit eigenen Anschauungen und eigener Kultur hervorgegangen. Der erste Stil, der nun zur Anwendung kam, war der romanische. Er wurde zur Zeit Karls des Großen ums Jahr 800 bei dem Bau von Klöstern, wie bei Fulda, Essen usw. gepflegt. Die Arbeiten waren zumeist noch recht dilettantisch und wurden von Klosterbrüdern ausgeführt, welche jedoch nicht mit einer feinen durchgebildeten Klarheit, sondern mit anglichscher Ungeschicklichkeit ans Werk gingen. Erst als sich in den Städten der Handwerkerstand angesiedelt hatte, trat ein Fortschritt ein. Die Handwerker beherrschten die Sache besser und eigneten sich tüchtige Kenntnisse an. In der Zeit um 1250 entspringt aus der Blüte der romanischen Baukunst der gotische Stil. Stellte man bisher vornehmlich nur epische Sachen dar, so entstanden jetzt lyrische Werke. Damit kam neues Leben in die Kunst und ein Reichtum von Einzelformen tauchte auf. Es entstanden gemöbelte Kirchen mit Pfeilern und großen Fenstern. Die Kunst der Gotik ist auf französischem Boden entsprungen und von den Germanen übernommen worden. Nach dem Verfall des Papsttums am Ende des 14. Jahrhunderts, als die Zünfte und das Bürgertum eine demokratische Verfassung durchgesetzt hatten, folgte die Zeit der Renaissance, welche uns am meisten interessieren wird. Hiermit wäre der ungefähre Plan dargelegt, in dessen Rahmen der Vortragende seine folgenden Vorträge, welche durch eine reiche Auswahl vorzüglich ausgewählter Bilder illustriert werden, zu halten gedenkt.

Einem Selbstmordversuch unternahm gestern Abend ein Sergeant der hiesigen Maschinengewehrabteilung. Die Ursache dieser unglücklichen Tat ist kurz folgende: Der Selbstmordkandidat hatte mit einem anderen Sergeanten Zwistigkeiten. Um seinem Gegner eins auszuwischen, ordnete er telefonisch, indem er sich für einen Leutnant der Maschinengewehrabteilung ausgab, dessen Verhaftung an. Die Sache kam aber bald heraus und, um der Strafe zu entgehen, suchte der betr. Sergeant sich auf dem Hofe der Maschinengewehrabteilung mit seinem Dienstgewehr zu erschießen. Der Schuß drang in die Herzgegend ein und kam im Rücken wieder heraus. Der Schwerverletzte wurde ins Lazarett gebracht.

Die Entstehung und Entwicklung des Lebens“ ist das Thema eines Lichtbildervortrages, den der Schriftsteller Genosse Max König-Dresden am kommenden Donnerstag Abend 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus halten wird. Die Entstehung des Lebens ist heute keineswegs mehr ein Rätsel. Eine fast vollständige Kette von Beweisen zeigt dafür, daß die Jahrmillionen in ständig aufsteigender Arbeit die „Krone der Schöpfung“, den Menschen, geformt haben. Die Vorbedingungen aus früheren Erdperioden, die heute in erdrückender Fülle vorhanden sind, zeigen die Stammes-

geschichten ganzer Pflanzen- und Tierfamilien. Das Mikroskop, die Röntgenstrahlen, die hochentwickelte Chemie geben noch wichtigere Aufschlüsse über die Reimesentwicklung der Lebewesen und besonders des Menschen. Auch die vergleichende Anatomie der vorzeitlichen Wesen mit den heutigen, die Tatsache rudimentärer Entwicklung vieler menschlicher Organe, teils durch Nichtgebrauch, teils durch Änderung der Lebensweise gehört zu diesen Beweisstücken. In letzter Zeit auch die „Fabrikation“ künstlicher Zellen und Lebewesen aus unorganischen Stoffen. Die Bilder des Vortragenden sind teils nach Originalen und tadellosen Präparaten gefertigt und geben so dem Besucher einen leichtverständlichen Überblick über die Materie. Ein Besuch des Vortrages ist auf das Wärmste zu empfehlen.

Sarrh de Garms, der junge Selbendariton unserer städtischen Bühne, der auf einem „Französischen Abend“ in Hannover geradezu Sensation erregte, wird, wie wir zuverlässig erfahren, im November gemeinsam mit Richard Strauß nach Hannover zurückkehren, um an einem besonderen Konzertabend mit Begleitung des Komponisten Straußsche Lieder zu singen.

Neues Stadttheater. Aus der Kanzlei wird uns geschrieben: Der Name Johann Strauß wird am Mittwoch, dem 16. den Wert des Abends ausmachen. Die „Fledermaus“ und der „Zigeunerbaron“ sind so allgemein bekannt und geschätzte Werke des Meisters der deutschen Operette, daß es sicher interessieren wird, einmal eine etwas weniger bekannte, aber darum nicht weniger wertvolle Gabe seines heiteren Muse, die hier seit langem nicht gegebene Saitige Operette „Der lustige Krieg“ als Neuestudierung zu hören. Bei dieser Gelegenheit wird sich auch der neu verpflichtete Tenor unserer Bühne, Herr Viktor Danger als Umberto Spinola dem Publikum vorstellen. Ferner sei mitgeteilt, daß von jetzt an im Beginn der Vorstellungen die einheitliche Zeit um 7 1/2 Uhr durchgeführt werden soll, ausgenommen hiervon sind die Mittwoch-Vorstellungen, die nach wie vor um 8 Uhr beginnen werden. Die Direktion will mit dieser Änderung vielfachen an sie gerichteten Bitten entsprechen.

Curia. Der Provinzialrat beschäftigte sich am Freitag und Sonnabend wieder mit der Vorberatung der Ausführungsbestimmungen zur Regeordnung, dem Gesekentwurf betr. ärztliche Ueberwachung der Schulkinder, und mit verschiedenen Petitionen. Gegen die Ausführungsbestimmungen zur Regeordnung wurden zum Teil lebhafteste Bedenken geäußert. Die Spurweite der Wagen, die heute 1,28 Meter beträgt, soll auf einmal 1,40 Meter betragen. Der Regierungspräsident erklärte die Bereitwilligkeit der Regierung, von einer Aenderung der Spurweite der Wagen abzusehen. Zahlreiche Provinzialratsmitglieder sprachen dann noch gegen eine Verbreiterung der Radfelgen, die ebenfalls vorgelesen ist, und gegen die niedrige Bemessung der auf Chausseen und Landwegen zu transportierenden Höchstlasten. Ziemlich geteilter Ansicht war der Provinzialrat in der Frage, ob die Wegebauarbeiten von Seiten der Regierung oder ausschließlich von den Gemeindevorstehern bezw. Bauernvögten vorgenommen werden sollen. Die Ausführungsbestimmungen wollen der Regierung diese Aufgabe aufzulegen. Abgelehnt wurde der Gesekentwurf betr. die ärztliche Ueberwachung der Schulkinder im Fürstentum Lübeck. Der Entwurf besagt: Die Schüler (Schülerinnen) der öffentlichen und privaten Schulen des Fürstentums sind jährlich wenigstens einmal einer Untersuchung durch den Schularzt zu unterziehen. Der Schularzt wird von der Regierung bestellt. Der Vater oder sonstige gesetzliche Vertreter des Schülers ist verpflichtet, Auskunft über den Schüler zu erteilen. Die in Ausführung dieses Gesetzes entstehenden Kosten fallen hinsichtlich der Volksschulen dem Landesverbande und hinsichtlich aller übrigen Schulen derjenigen Kasse zur Last, aus der diese Schulen unterhalten werden. Die hiernach vom Landesverband zu tragenden Kosten werden nach der Einkommensteuer verteilt und aufgebracht. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes und der dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bestraft. — Hoffentlich nimmt der obenburgen Landtag, der sich später noch mit der Sache zu beschäftigen hat, eine einsichtigeren Stellung dazu ein.

Flur. Ländliche Feuerstrahlung. Sonntag Abend 9 Uhr ist das große Kuhhaus auf dem Theresienhofe des Gutes Riedsdorf bei Plön vollständig eingestürzt worden. 120 Kühe sind in den Flammen umgekommen. Außerdem sind große Erntevorräte verbrannt. Die Entstehungsurache ist unbekannt.

Kiel. Ein Raub der Flammen, wie man annimmt infolge von Brandstiftung, wurde das aus Wohnhaus, Scheune und Stall bestehende Gewerbe des Landmannes Bensch im eingemeindeten Stadtteil Haffsee. Die weich gedeckten Gebäude brannten bis auf den Grund nieder, das Vieh und einiges Mobiliar konnte gerettet werden. — Zu dem Doppelselbstmord, den wir meldeten, wird noch berichtet, daß es sich um die beiden Schiffbaulehrlinge auf der Germaniaerft Maringer und Kiel handelt. Die beiden hatten am Freitag ihren Wochenlohn erhalten, sich auch noch 60 Mk. aus der Lehrlingsparkasse geben lassen und hatten das Geld durchgebracht. In der Sonnenabendnacht begaben sie sich nach dem von Maringers Vater gepachteten Garten, um sich dort zu erschießen. Von den Leichen wurde die eine auf einer Gartenbank, die andere neben derselben gefunden.

Kiel. Erhöhte Strafe. Am 17. September wurde der Matrose Gasi von der 4. Komp. der 1. Matrosen-Division vom Kriegsgericht der 1. Marine-Inspektion wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgange zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Gasi war in der Nacht zum 12. August mit dem Schreiber Schulz in der Friedrichsorter Straße in Pries in Streit geraten. Bei dieser Gelegenheit brachte er ihm ein Messerische bei. Ein Messerisch durchschnitt fast gänzlich die Wirbelsäule. Schulz wurde ins Krankenhaus gebracht und war vollständig gelähmt. Nach 25 Tagen starb er an den Folgen der Verletzung. Der Gerichtsherr hatte gegen das Urteil Berufung eingelegt. Das Oberkriegsgericht erhöhte die Strafe auf sechs Jahre Gefängnis und sprach gleichzeitig die Entfernung aus der Marine aus.

Quittung.

Für den Pressfonds gingen ein:

Von Baustelle Kolonie Pettenwyl, Firma	
Lorkuhl	2,50 Mk.
Ab Bestellgeld	— 05
	<hr/>
	2,45 Mk.

Friedr. Meyer u. Co.

Für das Jugendheim gingen ein:

Vom Dampfer „Danmark“	1.— Mk.
Von Arbeitern des Drägerwerks	5.—
H. Schmidt	50.—

Der Jugendauschuß

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling, Verleger: I. H. Schwanke, Druck: Friedr. Meyer & Co., Sämtlich in Lübeck.

Allen Verwandten, Bekannten und der geehrten Kundschaft, sowie dem Gefangenen „Hedelust“ für die Aufmerksamkeit zur Hochzeit unsern besten Dank. (4191)
Johs. Oldenburg und Frau,
 geb. Mundt.

Nach langem schweren, in Geduld getragenen Leiden, entschlief heute früh 10 1/4 Uhr in seinem 59. Lebensjahre mein innigst geliebter Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Schlachter

Johann Juskewitz.

In tiefster Trauer
Dorothea Juskewitz, verw. Kroll
 geb. Richter.
Heinrich Kroll und Frau,
Adolf Hoef und Frau, geb. Kroll.
 Lübeck, 14. Oktober 1912.
 Wickebestraße 42, S. (4192)

Beerdigung Freitag 8 Uhr. Beginn der Feier 2 1/4 Uhr in der Kapelle des Vorwerker Friedhofes.
Sozialdemokratischer Verein.

Am Montag verstarb unser langjähriges Mitglied, der Schlachter

Johann Juskewitz

Wickebestraße 42.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung erfolgt am Freitag nachmittag 3 Uhr von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes. Die Genossen und Genossinnen sammeln sich bis 2 1/2 Uhr im „Weißen Hirsch“, Krempefelder Allee.
 (4205) **Der Vorstand.**
 Heintscher

Transportarbeiterverband

Nachruf.

Am Montag, 14. Oktober, verstarb unser langjähriges Mitglied, der Kollege

Johann Juskewitz.

Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Freitag, 18. Oktober, nachmittags 3 Uhr von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes.
 Abmarsch der Kollegen nachm. 2 1/2 Uhr vom „Weißen Hirsch“.
 (4207) **Der Vorstand.**

Arbeiterinnen

für die Marinieranstalt gesucht.

Heinr. Ihde Neffl.

Löpferweg 63. (4195)

Tüchtigen Malergehilfen

sucht ein Maler (4199)
Max Stein, Gevebestraße 5.

Wegen Platzmangel ein gut erhaltenes Sofa zu verkaufen.
 (4198) **Gloriastraße 27, part.**

Eine Milch-Ziege

zu verkaufen. (4198)
Solweg 8, Stockelsdorf.

Sehr schöne Koch- und Esbirnen

Wand 6 Pfg.
 (4194) **Rotmühlstraße 29, part.**

Beerdigungs-Institut
 „Zur Ruhe“
Fr. Barby
 Hüxstraße 117. Tel. 616.
 Übernahme von Erd- und Feuerbestattungen.
 Ueberführungen von und nach auswärts. (4197)

Alte Gebisse

per Zahn bis 2 Mark nach Bruchteile, kauft (4054)
Maar Sörensen, Engelswisch 13-15, 11.

Abreisenden

anbewirbt u. nachgefordert werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer u. im Lagerhaus u. Expeditionsdienst. **Fischerstr. 52. (4190)**

Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der Buchdruckerei des Fab. Holstein. **Johannstraße 46.**

Rheinperle Solo

Margarine, die Elitemarken der Branche, ersetzen

feinste Butter

In Geschmack, Aroma und Bekömmlichkeit bester Butter gleich, aber wesentlich billiger. — Ueberall erhältlich.
 Allein. Fabrik.: Holl. Marg.-Werke Jurgens & Prinzen, G.m.b.H., Goch (Rhld.)

Neue Subskriptions = Eröffnung

Unsere Abonnenten erhalten ein weltberühmtes Buch für nur 25 Pfennig

Carl Hagenbeck Von Tieren und Menschen

pro Woche in Lieferungen erscheinend und zwar die hochinteressantesten Erlebnisse und Erfahrungen:

Wir bieten hierdurch unsern Lesern den Vorteil, dieses wertvolle Werk mit 134 zum Teil farbigen Bildern, das den Stolz jeder Bibliothek, einen Hauschatz für die ganze Familie bildet, das für Alt und Jung interessant und lehrreich ist, ohne Verteuerung in **Raten v. wöchentlich 25 Pf. zu beziehen.** Hier liegt ein Buch vor, wie kein zweites bisher geschrieben wurde, noch jemals geschrieben werden kann, ein Buch, das jeder sich anschaffen sollte.

Carl Hagenbeck im besten Sinne“ ist Carl Hagenbecks Werk mit Recht genannt worden. Es hat den ungeheuren Erfolg, den es erzielt, auch verdient. Ein Mensch erzählt darin seine Erlebnisse u. Erfahrungen, der auf der ganzen Erde heimlich ist, dessen Interesse sich auf alle Arten von Tieren und Menschen richtet, der Weltreisender, Tierzüchter und Kaufmann in einer Person ist. Und er berichtet, seine Erlebnisse so interessant u. spannend zu schildern, wie der beste Roman es kaum vermag.

Das Werk ist auch in einem Bande zum Preise von **M. 6.—** zu beziehen von der Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co., Lübeck.**

80000 Exemplare bereits verkauft

Bestellform
 an die Buchhandlung Fr. Meyer & Co.
 Untergeschicht... befindet sich hierdurch
Carl Hagenbeck, Von Tieren und Menschen
 vollständig in 2 Lieferungen A. 25 Pf. = 5,25 Mk.
 oder eine Einbanddecke für 75 Pf.
 Wöchentlich ist eine Lieferung zuzustellen.
 Postfreie. Komplet in 1 Band für M. 6.—
 (Nachgebühren sind zu berücksichtigen.)
 Name und Stand:
 Genauer Adressat:

Unübertroffen!

Ragoda

1 Pfd. nur 55 Pf.

Höchste Auszeichnungen.

Zur Einleitung von Ragoda geben wir gegen Gewinne von 10 Pfd. 3 in A. 1. Preis, 1. und 2. Preis, 2. und 3. Preis, 3. und 4. Preis, 4. und 5. Preis, 5. und 6. Preis, 6. und 7. Preis, 7. und 8. Preis, 8. und 9. Preis, 9. und 10. Preis, 10. und 11. Preis, 11. und 12. Preis, 12. und 13. Preis, 13. und 14. Preis, 14. und 15. Preis, 15. und 16. Preis, 16. und 17. Preis, 17. und 18. Preis, 18. und 19. Preis, 19. und 20. Preis, 20. und 21. Preis, 21. und 22. Preis, 22. und 23. Preis, 23. und 24. Preis, 24. und 25. Preis, 25. und 26. Preis, 26. und 27. Preis, 27. und 28. Preis, 28. und 29. Preis, 29. und 30. Preis, 30. und 31. Preis, 31. und 32. Preis, 32. und 33. Preis, 33. und 34. Preis, 34. und 35. Preis, 35. und 36. Preis, 36. und 37. Preis, 37. und 38. Preis, 38. und 39. Preis, 39. und 40. Preis, 40. und 41. Preis, 41. und 42. Preis, 42. und 43. Preis, 43. und 44. Preis, 44. und 45. Preis, 45. und 46. Preis, 46. und 47. Preis, 47. und 48. Preis, 48. und 49. Preis, 49. und 50. Preis, 50. und 51. Preis, 51. und 52. Preis, 52. und 53. Preis, 53. und 54. Preis, 54. und 55. Preis, 55. und 56. Preis, 56. und 57. Preis, 57. und 58. Preis, 58. und 59. Preis, 59. und 60. Preis, 60. und 61. Preis, 61. und 62. Preis, 62. und 63. Preis, 63. und 64. Preis, 64. und 65. Preis, 65. und 66. Preis, 66. und 67. Preis, 67. und 68. Preis, 68. und 69. Preis, 69. und 70. Preis, 70. und 71. Preis, 71. und 72. Preis, 72. und 73. Preis, 73. und 74. Preis, 74. und 75. Preis, 75. und 76. Preis, 76. und 77. Preis, 77. und 78. Preis, 78. und 79. Preis, 79. und 80. Preis, 80. und 81. Preis, 81. und 82. Preis, 82. und 83. Preis, 83. und 84. Preis, 84. und 85. Preis, 85. und 86. Preis, 86. und 87. Preis, 87. und 88. Preis, 88. und 89. Preis, 89. und 90. Preis, 90. und 91. Preis, 91. und 92. Preis, 92. und 93. Preis, 93. und 94. Preis, 94. und 95. Preis, 95. und 96. Preis, 96. und 97. Preis, 97. und 98. Preis, 98. und 99. Preis, 99. und 100. Preis, 100. und 101. Preis, 101. und 102. Preis, 102. und 103. Preis, 103. und 104. Preis, 104. und 105. Preis, 105. und 106. Preis, 106. und 107. Preis, 107. und 108. Preis, 108. und 109. Preis, 109. und 110. Preis, 110. und 111. Preis, 111. und 112. Preis, 112. und 113. Preis, 113. und 114. Preis, 114. und 115. Preis, 115. und 116. Preis, 116. und 117. Preis, 117. und 118. Preis, 118. und 119. Preis, 119. und 120. Preis, 120. und 121. Preis, 121. und 122. Preis, 122. und 123. Preis, 123. und 124. Preis, 124. und 125. Preis, 125. und 126. Preis, 126. und 127. Preis, 127. und 128. Preis, 128. und 129. Preis, 129. und 130. Preis, 130. und 131. Preis, 131. und 132. Preis, 132. und 133. Preis, 133. und 134. Preis, 134. und 135. Preis, 135. und 136. Preis, 136. und 137. Preis, 137. und 138. Preis, 138. und 139. Preis, 139. und 140. Preis, 140. und 141. Preis, 141. und 142. Preis, 142. und 143. Preis, 143. und 144. Preis, 144. und 145. Preis, 145. und 146. Preis, 146. und 147. Preis, 147. und 148. Preis, 148. und 149. Preis, 149. und 150. Preis, 150. und 151. Preis, 151. und 152. Preis, 152. und 153. Preis, 153. und 154. Preis, 154. und 155. Preis, 155. und 156. Preis, 156. und 157. Preis, 157. und 158. Preis, 158. und 159. Preis, 159. und 160. Preis, 160. und 161. Preis, 161. und 162. Preis, 162. und 163. Preis, 163. und 164. Preis, 164. und 165. Preis, 165. und 166. Preis, 166. und 167. Preis, 167. und 168. Preis, 168. und 169. Preis, 169. und 170. Preis, 170. und 171. Preis, 171. und 172. Preis, 172. und 173. Preis, 173. und 174. Preis, 174. und 175. Preis, 175. und 176. Preis, 176. und 177. Preis, 177. und 178. Preis, 178. und 179. Preis, 179. und 180. Preis, 180. und 181. Preis, 181. und 182. Preis, 182. und 183. Preis, 183. und 184. Preis, 184. und 185. Preis, 185. und 186. Preis, 186. und 187. Preis, 187. und 188. Preis, 188. und 189. Preis, 189. und 190. Preis, 190. und 191. Preis, 191. und 192. Preis, 192. und 193. Preis, 193. und 194. Preis, 194. und 195. Preis, 195. und 196. Preis, 196. und 197. Preis, 197. und 198. Preis, 198. und 199. Preis, 199. und 200. Preis, 200. und 201. Preis, 201. und 202. Preis, 202. und 203. Preis, 203. und 204. Preis, 204. und 205. Preis, 205. und 206. Preis, 206. und 207. Preis, 207. und 208. Preis, 208. und 209. Preis, 209. und 210. Preis, 210. und 211. Preis, 211. und 212. Preis, 212. und 213. Preis, 213. und 214. Preis, 214. und 215. Preis, 215. und 216. Preis, 216. und 217. Preis, 217. und 218. Preis, 218. und 219. Preis, 219. und 220. Preis, 220. und 221. Preis, 221. und 222. Preis, 222. und 223. Preis, 223. und 224. Preis, 224. und 225. Preis, 225. und 226. Preis, 226. und 227. Preis, 227. und 228. Preis, 228. und 229. Preis, 229. und 230. Preis, 230. und 231. Preis, 231. und 232. Preis, 232. und 233. Preis, 233. und 234. Preis, 234. und 235. Preis, 235. und 236. Preis, 236. und 237. Preis, 237. und 238. Preis, 238. und 239. Preis, 239. und 240. Preis, 240. und 241. Preis, 241. und 242. Preis, 242. und 243. Preis, 243. und 244. Preis, 244. und 245. Preis, 245. und 246. Preis, 246. und 247. Preis, 247. und 248. Preis, 248. und 249. Preis, 249. und 250. Preis, 250. und 251. Preis, 251. und 252. Preis, 252. und 253. Preis, 253. und 254. Preis, 254. und 255. Preis, 255. und 256. Preis, 256. und 257. Preis, 257. und 258. Preis, 258. und 259. Preis, 259. und 260. Preis, 260. und 261. Preis, 261. und 262. Preis, 262. und 263. Preis, 263. und 264. Preis, 264. und 265. Preis, 265. und 266. Preis, 266. und 267. Preis, 267. und 268. Preis, 268. und 269. Preis, 269. und 270. Preis, 270. und 271. Preis, 271. und 272. Preis, 272. und 273. Preis, 273. und 274. Preis, 274. und 275. Preis, 275. und 276. Preis, 276. und 277. Preis, 277. und 278. Preis, 278. und 279. Preis, 279. und 280. Preis, 280. und 281. Preis, 281. und 282. Preis, 282. und 283. Preis, 283. und 284. Preis, 284. und 285. Preis, 285. und 286. Preis, 286. und 287. Preis, 287. und 288. Preis, 288. und 289. Preis, 289. und 290. Preis, 290. und 291. Preis, 291. und 292. Preis, 292. und 293. Preis, 293. und 294. Preis, 294. und 295. Preis, 295. und 296. Preis, 296. und 297. Preis, 297. und 298. Preis, 298. und 299. Preis, 299. und 300. Preis, 300. und 301. Preis, 301. und 302. Preis, 302. und 303. Preis, 303. und 304. Preis, 304. und 305. Preis, 305. und 306. Preis, 306. und 307. Preis, 307. und 308. Preis, 308. und 309. Preis, 309. und 310. Preis, 310. und 311. Preis, 311. und 312. Preis, 312. und 313. Preis, 313. und 314. Preis, 314. und 315. Preis, 315. und 316. Preis, 316. und 317. Preis, 317. und 318. Preis, 318. und 319. Preis, 319. und 320. Preis, 320. und 321. Preis, 321. und 322. Preis, 322. und 323. Preis, 323. und 324. Preis, 324. und 325. Preis, 325. und 326. Preis, 326. und 327. Preis, 327. und 328. Preis, 328. und 329. Preis, 329. und 330. Preis, 330. und 331. Preis, 331. und 332. Preis, 332. und 333. Preis, 333. und 334. Preis, 334. und 335. Preis, 335. und 336. Preis, 336. und 337. Preis, 337. und 338. Preis, 338. und 339. Preis, 339. und 340. Preis, 340. und 341. Preis, 341. und 342. Preis, 342. und 343. Preis, 343. und 344. Preis, 344. und 345. Preis, 345. und 346. Preis, 346. und 347. Preis, 347. und 348. Preis, 348. und 349. Preis, 349. und 350. Preis, 350. und 351. Preis, 351. und 352. Preis, 352. und 353. Preis, 353. und 354. Preis, 354. und 355. Preis, 355. und 356. Preis, 356. und 357. Preis, 357. und 358. Preis, 358. und 359. Preis, 359. und 360. Preis, 360. und 361. Preis, 361. und 362. Preis, 362. und 363. Preis, 363. und 364. Preis, 364. und 365. Preis, 365. und 366. Preis, 366. und 367. Preis, 367. und 368. Preis, 368. und 369. Preis, 369. und 370. Preis, 370. und 371. Preis, 371. und 372. Preis, 372. und 373. Preis, 373. und 374. Preis, 374. und 375. Preis, 375. und 376. Preis, 376. und 377. Preis, 377. und 378. Preis, 378. und 379. Preis, 379. und 380. Preis, 380. und 381. Preis, 381. und 382. Preis, 382. und 383. Preis, 383. und 384. Preis, 384. und 385. Preis, 385. und 386. Preis, 386. und 387. Preis, 387. und 388. Preis, 388. und 389. Preis, 389. und 390. Preis, 390. und 391. Preis, 391. und 392. Preis, 392. und 393. Preis, 393. und 394. Preis, 394. und 395. Preis, 395. und 396. Preis, 396. und 397. Preis, 397. und 398. Preis, 398. und 399. Preis, 399. und 400. Preis, 400. und 401. Preis, 401. und 402. Preis, 402. und 403. Preis, 403. und 404. Preis, 404. und 405. Preis, 405. und 406. Preis, 406. und 407. Preis, 407. und 408. Preis, 408. und 409. Preis, 409. und 410. Preis, 410. und 411. Preis, 411. und 412. Preis, 412. und 413. Preis, 413. und 414. Preis, 414. und 415. Preis, 415. und 416. Preis, 416. und 417. Preis, 417. und 418. Preis, 418. und 419. Preis, 419. und 420. Preis, 420. und 421. Preis, 421. und 422. Preis, 422. und 423. Preis, 423. und 424. Preis, 424. und 425. Preis, 425. und 426. Preis, 426. und 427. Preis, 427. und 428. Preis, 428. und 429. Preis, 429. und 430. Preis, 430. und 431. Preis, 431. und 432. Preis, 432. und 433. Preis, 433. und 434. Preis, 434. und 435. Preis, 435. und 436. Preis, 436. und 437. Preis, 437. und 438. Preis, 438. und 439. Preis, 439. und 440. Preis, 440. und 441. Preis, 441. und 442. Preis, 442. und 443. Preis, 443. und 444. Preis, 444. und 445. Preis, 445. und 446. Preis, 446. und 447. Preis, 447. und 448. Preis, 448. und 449. Preis, 449. und 450. Preis, 450. und 451. Preis, 451. und 452. Preis, 452. und 453. Preis, 453. und 454. Preis, 454. und 455. Preis, 455. und 456. Preis, 456. und 457. Preis, 457. und 458. Preis, 458. und 459. Preis, 459. und 460. Preis, 460. und 461. Preis, 461. und 462. Preis, 462. und 463. Preis, 463. und 464. Preis, 464. und 465. Preis, 465. und 466. Preis, 466. und 467. Preis, 467. und 468. Preis, 468. und 469. Preis, 469. und 470. Preis, 470. und 471. Preis, 471. und 472. Preis, 472. und 473. Preis, 473. und 474. Preis, 474. und 475. Preis, 475. und 476. Preis, 476. und 477. Preis, 477. und 478. Preis, 478. und 479. Preis, 479. und 480. Preis, 480. und 481. Preis, 481. und 482. Preis, 482. und 483. Preis, 483. und 484. Preis, 484. und 485. Preis, 485. und 486. Preis, 486. und 487. Preis, 487. und 488. Preis, 488. und 489. Preis, 489. und 490. Preis, 490. und 491. Preis, 491. und 492. Preis, 492. und 493. Preis, 493. und 494. Preis, 494. und 495. Preis, 495. und 496. Preis, 496. und 497. Preis, 497. und 498. Preis, 498. und 499. Preis, 499. und 500. Preis, 500. und 501. Preis, 501. und 502. Preis, 502. und 503. Preis, 503. und 504. Preis, 504. und 505. Preis, 505. und 506. Preis, 506. und 507. Preis, 507. und 508. Preis, 508. und 509. Preis, 509. und 510. Preis, 510. und 511. Preis, 511. und 512. Preis, 512. und 513. Preis, 513. und 514. Preis, 514. und 515. Preis, 515. und 516. Preis, 516. und 517. Preis, 517. und 518. Preis, 518. und 519. Preis, 519. und 520. Preis, 520. und 521. Preis, 521. und 522. Preis, 522. und 523. Preis, 523. und 524. Preis, 524. und 525. Preis, 525. und 526. Preis, 526. und 527. Preis, 527. und 528. Preis, 528. und 529. Preis, 529. und 530. Preis, 530. und 531. Preis, 531. und 532. Preis, 532. und 533. Preis, 533. und 534. Preis, 534. und 535. Preis, 535. und 536. Preis, 536. und 537. Preis, 537. und 538. Preis, 538. und 539. Preis, 539. und 540. Preis, 540. und 541. Preis, 541. und 542. Preis, 542. und 543. Preis, 543. und 544. Preis, 544. und 545. Preis, 545. und 546. Preis, 546. und 547. Preis, 547. und 548. Preis, 548. und 549. Preis, 549. und 550. Preis, 550. und 551. Preis, 551. und 552. Preis, 552. und 553. Preis, 553. und 554. Preis, 554. und 555. Preis, 555. und 556. Preis, 556. und 557. Preis, 557. und 558. Preis, 558. und 559. Preis, 559. und 560. Preis, 560. und 561. Preis, 561. und 562. Preis, 562. und 563. Preis, 563. und 564. Preis, 564. und 565. Preis, 565. und 566. Preis, 566. und 567. Preis, 567. und 568. Preis, 568. und 569. Preis, 569. und 570. Preis, 570. und 571. Preis, 571. und 572. Preis, 572. und 573. Preis, 573. und 574. Preis, 574. und 575. Preis, 575. und 576. Preis, 576. und 577. Preis, 577. und 578. Preis, 578. und 579. Preis, 579. und 580. Preis, 580. und 581. Preis, 581. und 582. Preis, 582. und 583. Preis, 583. und 584. Preis, 584. und 585. Preis, 585. und 586. Preis, 586. und 587. Preis, 587. und 588. Preis, 588. und 589. Preis, 589. und 590. Preis, 590. und 591. Preis, 591. und 592. Preis, 592. und 593. Preis, 593. und 594. Preis, 594. und 595. Preis, 595. und 596. Preis, 596. und 597. Preis, 597. und 598. Preis, 598. und 599. Preis, 599. und 600. Preis, 600. und 601. Preis, 601. und 602. Preis, 602. und 603. Preis, 603. und 604. Preis, 604. und 605. Preis, 605. und 606. Preis, 606. und 607. Preis, 607. und 608. Preis, 608. und 609. Preis, 609. und 610. Preis, 610. und 611. Preis, 611. und 612. Preis, 612. und 613. Preis, 613. und 614. Preis, 614. und 615. Preis, 615. und 616. Preis, 616. und 617. Preis, 617. und 618. Preis, 618. und 619. Preis, 619. und 620. Preis, 620. und 621. Preis, 621. und 622. Preis, 622. und 623. Preis, 623. und 624. Preis, 624. und 625. Preis, 625. und 626. Preis, 626. und 627. Preis, 627. und 628. Preis, 628. und 629. Preis, 629. und 630. Preis, 630. und 631. Preis, 631. und 632. Preis, 632. und 633. Preis, 633. und 634. Preis, 634. und 635. Preis, 635. und 636. Preis, 636. und 637. Preis, 637. und 638. Preis, 638. und 639. Preis, 639. und 640. Preis, 640. und 641. Preis, 641. und 642. Preis, 642. und 643. Preis, 643. und 644. Preis, 644. und 645. Preis, 645. und 646. Preis, 646. und 647. Preis, 647. und 648. Preis, 648. und 649. Preis, 649. und 650. Preis, 650. und 651. Preis, 651. und 652. Preis, 652. und 653. Preis, 653. und 654. Preis, 654. und 655. Preis, 655. und 656. Preis, 656. und 657. Preis, 657. und 658. Preis, 658. und 659. Preis, 659. und 660. Preis, 660. und 661. Preis, 661. und 662. Preis, 662. und 663. Preis, 663. und 664. Preis, 664. und 665. Preis, 665. und 666. Preis, 666. und 667. Preis, 667. und 668. Preis, 668. und 669. Preis, 669. und 670. Preis, 670. und 671. Preis, 671. und 672. Preis, 672. und 673. Preis, 673. und 674. Preis, 674. und 675. Preis, 675. und 676. Preis, 676. und 677. Preis, 677. und 678. Preis, 678. und 679. Preis, 679. und 680. Preis, 680. und 681. Preis, 681. und 682. Preis, 682. und 683. Preis, 683. und 684. Preis, 684. und 685. Preis, 685. und 686. Preis, 686. und 687. Preis, 687. und 688. Preis, 688. und 689. Preis, 689. und 690. Preis, 690. und 691. Preis, 691. und 692. Preis, 692. und 693. Preis, 693. und 694. Preis, 694. und 695. Preis, 695. und 696. Preis, 696. und 697. Preis, 697. und 698. Preis, 698. und 699. Preis, 699. und 700. Preis, 700. und 701. Preis, 701. und 702. Preis, 702. und 703. Preis, 703. und 704. Preis, 704. und 705. Preis, 705. und 706. Preis, 706. und 707. Preis, 707. und 708. Preis, 708. und 709. Preis, 709. und 710. Preis, 710. und 711. Preis, 711. und 712. Preis, 712. und 713. Preis, 713. und 714. Preis, 714. und 715. Preis, 715. und 716. Preis, 716. und 717. Preis, 717. und 718. Preis, 718. und 719. Preis, 719. und 720. Preis, 720. und 721. Preis, 721. und 722. Preis, 722. und 723. Preis, 723. und 724. Preis, 724. und 725. Preis, 725. und 726. Preis, 726. und 727. Preis, 727. und 728. Preis, 728. und 729. Preis, 729. und 730. Preis, 730. und 731. Preis, 731. und 732. Preis, 732. und 733. Preis, 733. und 734. Preis, 734. und 735. Preis, 735. und 736. Preis, 736. und 737. Preis, 737. und 738. Preis, 738. und 739. Preis, 739. und 740. Preis, 740. und 741. Preis, 741. und

Die österreichische Sozialdemokratie und der Balkankrieg.

Die Gesamterfahrungen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich erläßt an das arbeitende Volk aller Nationen in Oesterreich folgenden Aufruf:

Bulgarien und Serbien, Griechenland und Montenegro stehen in Waffen gegen die Türkei. Die Fürsten der Balkanhalbinsel haben den Mann aus den Armen seines Weibes, den Vater von seinen Kindern losgerissen, sie in ihre Uniformen gesteckt und auf das Schlachtfeld geschickt. Schon saufen die tobdringenden Geschosse durch die Luft. Schon streuen die Maschinengewehre die Garben des Todes. Schon zerstören Schrapnells und Granaten in furchtbarem Zündschlag Menschenleben und Menschenfleisch. Tausende werden auf dem Schlachtfeld fallen, Tausende im Feldlager der Cholera, dem Typhus erliegen, Tausende nach unsäglichem Leiden verkrüppelt zu Weib und Kind zurückkehren. Während der Tod auf dem Schlachtfeld erntet, darben daheim, des Ernährers beraubt, Mütter, Frauen, Kinder! Not und Hunger, Jammer und Verzweiflung überall! So enden die Menschlichkeit, das Christentum, die Kultur des kapitalistischen Zeitalters in den Greueln des Krieges!

Aber so furchtbar die Schrecken des Balkankrieges sind, droht uns noch viel schrecklichere Gefahr. Die Wirren im Südosten haben in ganz Europa kriegerische Gier geweckt. Die Staatsmänner der Großmächte spielen mit dem Feuer. Nie war die Gefahr des Weltkrieges größer als in diesen Tagen! Wenn es den Völkern nicht gelingt, die Staatsmänner der Großmächte zum Frieden zu zwingen, dann kann der Balkankrieg in einem Krieg der Großmächte enden: in einem Kriege, der die Millionenheere Oesterreichs, Deutschlands und Italiens, Rußlands, Frankreichs und Englands in Bewegung setzen, über alle Völker Europas das furchtbarste Elend heraufbeschwören, die europäische Zivilisation in einem Weltbrand vernichten würde.

Der Erb- und Todfeind der europäischen Kultur, der russische Zarismus, rüstet zum Kriege. Eben erst blutbesteckt aus dem Vernichtungskrieg gegen die Völker des eigenen Landes zurückgekehrt, bedroht er jetzt den Frieden Europas. Der Zarismus, der die besten Söhne des russischen Volkes auf seinen Richtstätten, in seinen Kerker, in den Gindnen Sibiriens gemordet hat; der Zarismus, der Polens nationales Leben erwürgt, der Ukraina das heilige Recht auf die Muttersprache geraubt, Finnlands verbrieft Rechte zerrissen, Persien geknechtet und zerstört hat — er wagt es nach alledem, sich als Befreier und Beschützer der südslavischen Nationen zu gebärden, ihre jugendliche Volkskraft in seinen Dienst zu stellen und ganz Europa in Flammen zu setzen, um sich die Herrschaft am Bosphorus zu erobern!

Mit dem russischen Zarismus teilt der italienische Imperialismus die Blutschuld. Mitten im Frieden hat er die wehrlose Türkei überfallen. Mit Blut und Eisen, mit Galgen und Folter hat er die europäische Kultur nach Tripolis getragen! Sein Raubzug hat die nZwergstaaten des Balkans die ersetzte Gelegenheit zum längst geplanten Eroberungskrieg geschaffen.

Zwischen Rußland und Italien in der Mitte, hat aber auch Oesterreich-Ungarn sich mit schwerer Verantwortung belastet. Dieses Reich, das seine Völker

in dem Zeitalter der Teuerung vor der bittersten Not nicht zu schützen vermag; das den verheerenden Bürgerkrieg seiner Nationen nicht beenden kann; das Ungarn mit der brutalsten Gewalt der Tisza und Lukacs, Kroaten und Slavonien mit der Diktatur des Cuvaj beherrscht; das in Bosnien und der Herzegovina noch immer nicht das vor vierunddreißig Jahren gegebene Versprechen erfüllt hat, die christlichen Bauern vom türkischen Feudalrecht zu befreien — dieses Reich schickt sich heute an, als hätte es im eigenen Lande nicht genug zu tun, am fernen Balkan als Richter und Ordner aufzutreten!

Die Völker Oesterreichs haben nur ein Interesse am Balkan: friedlichen Warenaustausch mit den Balkanvölkern!

Unsere Industrie will in Serbien und Bulgarien ihre Waren absetzen. Dafür wollen wir von den serbischen und bulgarischen Bauern Vieh und Getreide kaufen. Daß dieser Warenaustausch seit vielen Jahren erschwert und gestört worden, ist nicht die Schuld der Serben und der Bulgaren. Es ist die Schuld der Agrarier in Oesterreich und in Ungarn. Um die Viehpreise in Oesterreich-Ungarn, von fremdem Wettbewerb ungehört, in die Höhe treiben zu können, haben die reichen Viehzüchter und Viehmäster es durchgesetzt, daß dem serbischen und bulgarischen Vieh unsere Grenzen gesperrt wurden. Kaufen wir von den Agrarstaaten des Balkans kein Vieh, dann sperren sie natürlich den Erzeugnissen unserer Industrie ihre Märkte. Das ist das Hindernis unseres Handels auf dem Balkan! Aber dieses Hindernis zu beseitigen, müssen wir keine Soldaten an die Grenze schicken. Es fällt, wenn wir die Macht der Agrarier in Oesterreich und Ungarn brechen, wenn wir ihre Zollmauern abtragen. Nicht Krieg gegen Serbien, sondern Kampf gegen die agrarische Hungerpolitik — das ist die Balkanpolitik, die wir brauchen!

Die Kriegsheher — die Wiener christlichsoziale Presse an ihrer Spitze — wollen uns einreden, Oesterreich müsse in den Sandschak einmarschieren, wenn Serbien dort Eroberungen machen wollte. Aber was mit dem unwirtschaftlichen Bergland geschieht, ist nicht unsere Sorge. Wir wünschen den Eroberungsgelüsten der Balkanvölker keinen Erfolg. Aber wir wollen nicht das Blut unserer Soldaten vergießen, um dem verrotten türkischen Feudalismus die Herrschaft über slavische Bauern zu sichern. Wer im Sandschak herrschen soll, mögen sich Türken und Serben untereinander ausmachen! Die Interessen der Völker Oesterreichs werden dadurch nicht berührt. Und das kleine Serbien, das nicht mehr Bewohner zählt als die Stadt Wien allein, wird der stolzen Großmacht wohl auch dann keine Gefahr sein, wenn es um ein paar armelige Dörfer vergrößert wird! Der ganze Sandschak ist nicht die Knochen eines österreichischen Arbeiters wert.

Das ist nicht nur unsere Ansicht. Die Herrschenden selbst haben erst vor vier Jahren ausdrücklich und feierlich vor ganz Europa bekundet, daß Oesterreich-Ungarn keine Eroberungen auf dem Balkan will. Wohl hat der Berliner Kongreß im Jahre 1878 Oesterreich-Ungarn das Recht eingeräumt, Truppen im Sandschak zu halten. Aber im Jahre 1908 hat Oesterreich-Ungarn auf dieses Recht verzichtet und seine Truppen aus dem Sandschak abberufen. Es wäre der helle Wahnsinn, mit blutigen

Opfern zu erobern zu wollen, was wir selbst freiwillig und aus eigenem Antrieb vor vier Jahren aufgegeben haben!

Darum hat Oesterreich keinen Grund, sich in die Balkanhändel zu mengen. Um des Sandschaks willen den Arbeiter aus seiner Werkstatt, den Bauern vom Pfluge zu reißen, das Blut unserer Brüder und Söhne zu opfern, in zehntausende Familien Not, Jammer und Verzweiflung zu bringen, unserer Volkswirtschaft die schwersten Wunden zu schlagen, wäre ein beispielloses, ein unverantwortliches, ein unsägliches Verbrechen!

Oesterreich-Ungarn hat an dem armen, zerstückelten südslavischen Volke schon schwer genug gesündigt. Es weiß die Südslaven, die seiner Herrschaft unterworfen sind, nur mit der militärischen Diktatur zu regieren. Es hat die Bauern Serbiens durch seine großagrarische Wirtschaftspolitik zur Verzweiflung getrieben. Wenn es jetzt auch noch das Blut seiner Söhne vergießen wollte, um die Herrschaft türkischer Feudalherren über serbische Bauern zu beschützen; wenn es den serbischen Bauern, denen es selbst ihre Waren nicht abnimmt, verwehren wollte, sich den Zugang zu anderen Absatzmärkten zu erkämpfen, dann würde es die Südslaven selbst in die Arme des russischen Zarismus treiben. Gerade weil wir Todfeinde des Zarismus sind, gerade weil wir in jeder Ausdehnung der Macht des Zarens die größte Gefahr für die europäische Kultur erblicken, fordern wir, daß Oesterreich-Ungarn den südslavischen Nationen nicht mit der Waffe in der Hand entgegen trete, daß es die Entfaltung ihrer Volkskraft nicht hemme.

In allen Ländern der Welt erhebt die Arbeiterklasse ihre Stimme gegen den Krieg, für den Frieden! Unsere Genossen in Rußland und in Polen setzen, die furchtbarsten Opfer nicht scheuend, ihren Kampf gegen den völkermordenden Zarismus fort. Unsere Genossen in Italien haben gegen den Raubkrieg in Tripolis protestiert. In Serbien und in Bulgarien haben sich die Vertreter der Arbeiterklasse in den Parlamenten mannhaft und tapfer der Kriegsheher widersetzt. In Deutschland, in Frankreich, in England demonstriert die Arbeiterklasse für die Sache des Friedens! So steht den Kriegshegern aller Länder und aller Nationen einig und geschlossen als stärkste Macht des Friedens die internationale Sozialdemokratie gegenüber.

In ihrem Geiste erfüllen auch wir in Oesterreich unsere Pflicht. Auch wir erheben unsere Stimme, zu mahnen und zu warnen. Auch für die Völker Oesterreichs kann es in diesen Tagen der Gefahr nur einer Feldruf geben: Keine Einmischung in den Balkankrieg!

Nur eine Losung: Der Balkan den Balkanvölkern!

Nur eine Parole: Erhaltung des Friedens!

Versammlung der Bürgerchaft.

b. Lübeck, 14. Oktober.

Wortführer Dr. Börg eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 20 Min.

Singegangen ist der Bericht über die Gas- und Elektrizitätspreise. Er soll auf die Tagesordnung der nächsten Bürgerchaftsversammlung gesetzt werden.

Ein Deutscher.

Roman von Otto Kuppis.

(46. Fortsetzung.)

„Sie hoffte damals bestimmt, noch einmal mit Ihnen zusammenzutreffen,“ sagte Frontride, welcher ihre Bewegungen verfolgt hatte, „und so nahm sie das Instrument, als wir Ihre Entweichung entdeckten, an sich.“

Eine kurze Pause erfolgte, in welcher es dem jungen Manne fast wurde, als gehe er dem Wiedersehen mit einer geliebten Person entgegen; war ihm doch die Geige immer wie eine lebendige Vertraute gewesen, welcher er alles Klagen durfte, die ihm geantwortet und ihn getröstet hatte, und er konnte sich einer lebhaften Bewegung nicht erwehren, als Matilde mit dem ihm so wohl bekannten Kasten zurückkehrte.

„Hier, Bruder Max, ist die Verlorene,“ sagte sie, und alles Fremdartige, was Reichardt in ihrem Wesen gefunden, schien völlig daraus hinweggestrichen; „noch keine Hand hat sie wieder berührt, und ich wünsche nur, daß auch Du ihr durch keine neue Nebenbuhlerin entfremdet sein magst.“

„Sie hat nichts zu fürchten gehabt,“ erwiderte jener, „während von dem zwanglosen gewohnten Du angeregt, habe ich doch in Newyork noch nicht einen einzigen Bogenstrich getan, bin sogar der Kunst ganz untreu geworden — aber,“ setzte er mit leichtem Sinken des Tones hinzu, „bin auch wohl bestraft dafür.“

„Das heißt — Du hast den Rückweg in Deinen früheren Beruf gefunden,“ fragte Matilde aufmerksam, „und — fühlst Dich nicht glücklich darin?“

Reichardt neigte den Kopf und öffnete den Bistockkasten; es war ihm, als sei er eben dabei, eine Unwahrheit zu sagen; war ihm doch sein gegenwärtiger Beruf so lieb, daß er unter andern Umständen keine vollste Befriedigung darin gefunden haben würde, daß er selbst während aller Kämpfe der letzten Zeit den Verlust seiner Geige nur in einzelnen flüchtigen Augenblicken empfunden hatte. „Bist Du wohl ganz glücklich, daß Du der Kunst entsagt hast, Matilde?“ fragte er langsam aufsehend.

Sie blickte ihn wie verwundert an; an ihrer Stelle nahm die frühere Direktorin das Wort. „Madame Frontride der entsagt, Monsieur?“ rief er, den Kopf rasch aufhebend, „kommen Sie zu der Annahme? Ah, Sie treffen uns hier sitzend und allein — eh bien, wir sind für den Augenblick in einem Stillstand gezwungen; der Stevens war ein großer Mann, aber ein guter Agent, und seit Sie ihn unbrauchbar gemacht, sind unsere Arrangements zum großen Teile

fehlgelassen. Jetzt habe ich für das äußere Management unserer Angelegenheiten eine andere Verbindung angeknüpft, und sobald wir damit in Ordnung sind, werden wir auch unsere unterbrochene Reise wieder aufnehmen. — Wir haben übrigens viel von Ihnen, Monsieur, gesprochen,“ fuhr er lebhaft fort, „obgleich ich Ihre Fertigkeit noch nicht einmal habe bewundern können — nehmen Sie Ihr Instrument und lassen Sie etwas hören!“

Reichardt hatte, indem er seine Geige erblickt, auf der noch nicht einmal eine Saite gerissen war, nur der Aufforderung bedurft, um dem in ihm plötzlich erwachten Orange zum Spiel zu genügen. Mit einer lebhaften Befriedigung aber hatte er auch von der neu in Aussicht stehenden Kunstreise gehört, und die Hoffnung, sich durch einen Anschluß an die Gesellschaft mit einem Male allem, was jetzt auf ihm lastete, entziehen zu können, war in bestimmten Umrisen vor ihm getreten. Es galt wohl jetzt nur, dem Manne vor ihm zu zeigen, was er konnte, und ihm damit das Vorteilhafte seines Engagements vor die Augen zu stellen. Er hatte das Instrument aus dessen weichen Lager genommen, stimmte es, prüfte den Bogen und warf dann einen hellen Blick in Matildens Augen. Ein Lächeln des Verständnisses antwortete ihm, und er begann in großem, kräftigem Tone die Einleitung zu dem partiierten Froßschen Liebe, in welchem er und Matilde sich zum ersten Male zusammen gefunden hatten. Reichardt fühlte, daß er in seinem Spiele nichts verloren hatte, daß sich im Gegenteil alle aufgesparte Kraft und die ganze Tiefe seiner Empfindung in die Töne zu ergießen schienen, und als bei Beginn des Themas Matildens Stimme die er noch nie in dieser Fülle und klaren Sicherheit gehört zu haben meinte, einsetzte:

„Zieh die lieben, goldenen Sterne.“
Itte eine stille lichte Begeisterung in ihm auf, die, sobald Matilde bei der beginnenden Durcharbeitung die ursprüngliche Melodie übernahm, sich auch auf diese zu übertragen schien. Frontride, der während des Anfanges sich in einen Stuhl geworfen und mit der Miene eines mehr und mehr besträubten Kritikers Reichardts Spiel verfolgt hatte, tat bei Matildens Einsatz überrascht die Augen groß auf; bald aber begann er sich langsam in die Höhe zu richten, sein Gesicht rötete sich, und als endlich Violone und Stimme, einander begleitend, im Nachklang des Themas am Schluß erstarben, schien er wie in Verzückung noch immer den entschundenen Tönen zu lauschen, bis Matildens ausbrechendes Lachen ihn wieder zu sich selbst zu bringen schien. „O mon dieu,“ sagte er mit einem tiefen Atemzuge, „warum habe ich denn das nicht früher gehört! Sehen Sie sich doch gleich einmal hierher, Monsieur,“ fuhr er fort, als finde er erst jetzt seine Leh-

haftigkeit wieder. „Sie dürfen uns ja nicht verlassen, Sie haben ja zehntausend Dollars in Ihrem Bogen, wie Stevens sagen würde — oh, cher enfant, warum mußte ich denn das jetzt erst hören!“

Reichardt tat lächelnd seine Geige beiseite und nahm seinen früheren Platz wieder ein, während Matilde mit einem Leuchten in ihren Wienen, als sei ihr selbst die größte Genugtuung geworden, sich auf dem Diman ihm gegenüber niederließ. — Eine volle Stunde währte ein erregtes Gespräch zwischen den dreien, und als Reichardt endlich das Hotel verließ, war es in seine Hand gegeben, seine gegenwärtige Lage mit einer leichten, gewinnbringenden Stellung in Frontrides Konzerttruppe zu vertauschen; zu seiner Sicherheit hatte sogar der Direktor die Garantie für ein volles Jahr übernommen.

Je weiter indessen Reichardt seinen Weg durch die stillen Straßen verfolgte, je langsamer wurden seine Schritte — er hätte niemals geglaubt, daß es ihm so schwer werden würde, sich durch einen raschen Entschluß seinen augenblicklichen Verhältnissen zu entziehen — und doch mußte er, daß er nicht bleiben durfte, nicht bleiben konnte.

Als er sein Boardinghaus erreicht hatte, trat ihm aus dem bereits leeren Parlor plötzlich der Kupferschmied entgegen. „Gott sei Dank, daß Sie endlich kommen,“ rief dieser bei seinem Anblicke, „ich dachte schon, Sie würden die halbe Nacht ausbleiben, und doch mußte ich Ihnen noch sagen, was ich aus purer Eifersucht heute abend vergessen hatte!“

„Was — wirklich nur der vergessenen Mitteilung wegen haben Sie den Weg gemacht und bis jetzt gewartet?“ fragte Reichardt mit einem Lächeln voll halben Zweifels und führte den Gast nach dem Parlor zurück. „Wollten Sie nicht auch nebenbei hören, zu welchem Punkte meine Verhandlungen mit der „Gnädigen“ geführt?“ fuhr er launig fort, als ihn ein Blick durch den Raum versicherte, daß sie beiden allein waren.

„Hatte nicht daran gedacht!“ erwiderte Reichardt, den Kopf schüttelnd, „jetzt allerdings sehe ich, daß etwas darauf ankommt, ob Sie noch das selbe Interesse haben für das Geschäft Ihres Prinzipals, als früher!“

„Etwas Geschäftliches?“ fragte der andere aufmerksam, „ich werde immer mein Interesse für Frosts bewahren, Reichardt, selbst wenn ich bereits aus ihrer Office geschieden wäre, was noch nicht einmal der Fall ist.“

„So hören Sie eine Minute und tun Sie dann, was Ihnen gut dünkt; nennen Sie mich auch einen Esel, wenn Sie wollen, daß ich erst jetzt damit herausrücke,“ sagte der Kupferschmied, sich vorsichtig umsehend und dann nach einer her-

Der Senat gibt kund, daß auf den Wunsch der Bürger- schaft, in Erwägung zu ziehen, ob Schulärzte für die Volk- schulen des gesamten Staatsgebietes angestellt werden sollen, die Oberbehörden ernannt habe, diese Ausdehnung vor- zunehmen. Sie empfiehlt für die Jahre 1913-15 je 2500 Mark einzulegen und außerdem für das Jahr 1913 einmalig 800 Mk. Das Finanzdepartement empfiehlt die Einführung mit dem Jahr 1914, und der Senat ist diesem Vorschlag bei- getreten. Er wird bis zu diesem Zeitpunkt eine Vorlage an die Bürgerchaft bringen.

1. Antrag: Einsetzung einer gemeinsamen Kommission in Anlaß der in Lübeck bestehenden städtischen Steuerungs-
Wird debattelos genehmigt.

2. Antrag: Eingemeindung des Städtchens Travemünde sowie verschiedener Land- gemeinden.

Senator Dr. Neumann geht auf die Entstehungs- geschichte der Vorlage ein. Die ganze Vorlage sei mit größter Genauigkeit in Angriff genommen worden. Dabei habe sich herausgestellt, daß die Verhältnisse sich stärker erwiesen hätten als die Wünsche der Menschen. Besonders hervorgehoben müsse werden, daß an der Verwaltung des Städtchens Travemünde absolut nichts auszufragen gewesen sei. Kom- pliziert sei die Verwaltung geworden, seitdem das Bade- wesen in Aufschwung gekommen sei. Dabei hätten sich Schwierigkeiten ergeben. Seit 1904 datierten die hervor- tretenden Beschwerden. Man habe die Anstellung eines be- sonderen Verwaltungsbeamten ins Auge gefaßt, doch sei immer als bester Ausweg die Eingemeindung an eine Stelle gerückt. Alle beteiligten Behörden hatten Gelegenheit, sich zu der Angelegenheit ausgiebig zu äußern und drei Behör- den sind übereinstimmend dazu gekommen, die Eingemein- dung Travemündes und Gneversdorfs als bestes Ziel zu empfehlen. Für die kleinen Landgemeinden links der Trave passe die alte Landgemeindeordnung nicht mehr in die neue Industriezeit. Krempeisdorf und Borwerk seien schon von Landrat Reher 1905 zur Eingemeindung empfohlen worden. Doch habe man damals nur eine Teil- lung ins Auge gefaßt und betrogen sei vom Stadt- und Landrat abgeraten worden. Heute lägen die Verhältnisse anders, die Bauweise greife nahezu ineinander. Moisling einzugemeinden, habe Herr Aug. Vape schon früher angeregt. Die Gemeinde habe sich lebhaft entwickelt und sei sprudelfrei in verwaltungsmäßiger Verbindung mit der Stadt zu bring- en, in der viele Einwohner Moislings ihr Brot finden. Ganz besonders aber habe die Straßenbahnverbindung die Gemeinde Moisling der Stadt nahe gebracht. Weiter seien von der Kommission die Gemeinden Schlutup und Graefsdorf in das Eingemeindungsgebiet einbezogen worden. Schlutup habe sich vorzüglich entwickelt, sei auch aus eigener Kraft hochgekommen und niemals den Wunsch besonders geäußert, dem Stadtgebiet angegliedert zu werden. Durch die Eingemeindung der linksseitigen Travegemeinden sei die Lage anders geworden, Schlutup habe rechtzeitig er- kannt, daß beim Abstreifen ihm Schaden entstehen könnte, und deshalb für Eingemeindung votiert. Für Graefsdorf sei die Eingemeindung selbstverständlich; denn hier mitten im Staatsgebiet eine Ausnahme zu machen, während ringsum alles herangezogen werde, gehe nicht an. Von Genuin könne man nichts anderes behaupten als von Moisling, es ent- wickele sich ebenfalls in der Richtung wie Moisling und könne nicht abgetrennt werden. Genuin mit seinen 3 1/2 Hektar Umfang, inmitten des Eingemeindungsstriches, müsse selbst- verständlich dabei sein. Hervorheben wollte er noch, daß nicht etwa eine gewisse Durchdringung zu der großen Sin- gemeindungsfrage gefaßt habe, sondern wohlwollende Prüfung der ganzen Patzgehäben Einmündung der Gemein- den. Redner führt eine Reihe Städte an, u. a. auch die Schmelzstadt Hamburg, die sich alle für eine konsequente Durchführung der Eingemeindung ausgesprochen und geht zum Schluß auf die finanziellen Bedenken ein. Das Finanzde- partement sei zuerst nicht besonders vor der Eingemeindung begeistert gewesen, doch habe bei weiterer Beschäftigung mit dieser Frage allmählich ein Umwandlung Platz gegriffen. In Betracht ziehen müsse man ferner, daß es eine nötige Gleichstellung der äußeren Bezirke mit den städtischen Einrichtungen im gleichen Maße, wie die innere Stadt und die Vorstädte sie genießen, nicht geben könne. Es sprächen hier vor allem lokale Bedürfnisse mit. Und diese müßten berücksichtigt werden. Wenn ungerechtfertigte Wünsche fernblieben, werde auch die Grundsteuerfrage leicht zu lösen sein. Die Lage und Entwicklung jedes Gebietes werde hierbei eine bedeutende Rolle spielen. Die finanzielle Frage darf nicht die Richtschnur abgeben. Es solle weder Einzel noch Besondere geben, alleiniger Gesichtspunkt sei die Gesamtentwicklung und das Gesamtwohl unserer Vaterstadt. Grünau bedauere, daß die zweiten Lesungen immer noch nicht eingeführt seien. Gerade bei dieser wichtigen Vor- lage mache sich diese Mängel wieder recht bemerkbar. Eine

Gingemeindung sei notwendig und zweckmäßig. Die Frage aber müsse man prüfen, ob Senat und Bürgerchaft das Recht habe, diese Eingemeindungen vorzunehmen. Vor allem müßte dieser Eingemeindungsfrage ein Eingemeindungs- vertrag vorangehen, wie's auch in Preußen der Fall sei. Kammergericht und Oberverwaltungsgericht habe sie emp- fohlen, um Ungerechtigkeiten vorzubeugen. Das Gemein- demögen könne doch nicht ohne weiteres in das Vermögen der Stadt übergehen. Das Recht empfinden würde dabei unangenehm berührt. Etwas anderes sei es natürlich, wenn wesentliche Vorteile in Aussicht ständen. Die Kommission glaube, und darin pflichte er ihr bei, daß die finanzielle Ein- wirkung nicht unerheblich sein würde, denn die meisten Ge- meinden brächten nicht allzu viel Geld in den Stadtsäckel. Travemünde allein habe schon 1892 Mk. Armenlasten, das ganze Industriegebiet erfordere mit der Zeit große Sum- men für diesen Zweck. Die vorgesehenen 7800 Mk. Geschäfts- kosten für Travemünde seien zu gering veranschlagt. Tele- phonkosten und Speise für die bürgerlichen Deputierten von Travemünde nach Lübeck und umgekehrt habe man ganz ver- gessen, die Büroräume seien unzureichend, auch für die Polizei müsse ein erweiterter Raum geschaffen werden. Die Sicherheit des Feuerlöschwesens hätte man mit 750 Mk. zu gering veranschlagt. Wesentlich zu knapp bemessen habe man die Ausgaben für die Wegelasten. Mit den 5500 Mk. komme man nicht aus. Travemünde habe allein im vorigen Jahre für Wege- und Pflasterarbeiten 6200 Mk., die Stadt für den Strand 2705,49 Mk. und die Villengemeinde auch wohl nicht weniger ausgegeben. Manche Straßen seien sehr verbesserungsbedürftig. Die übrigen Ge- meinden können mit dem ausgelegten Betrag von 2100 Mk. nicht aus. Travemünde habe für die Hebung des Bade- wesens den 19. Teil des gesamten Budgets, 2000 Mk., auf- gewendet, da könne man nicht sagen, es habe nichts getan. Notwendig sei aber vor allem eine Einwirkung auf das Schulwesen, das nach keiner Richtung mehr zeitgemäß sei. Der Lehrer müsse z. B. in einem Zimmer zu gleicher Zeit mehrere Klassen unterrichten. Was man auf der einen Seite im Verwaltungswege spare, gebe man sicher wieder beim Bauen mehr aus. Der Grundsteuerfuß, der vorläufig in Aussicht genommen sei, werde in allerhöchster Zeit erhöht werden müssen. Das führe dahin, daß sich niemand mehr in jenen Bezirken niederlassen werde. Einen erheblicher Aus- fall würden die erhöhten Lasten nach sich ziehen. Doppelt davon betroffen würden die Arbeiter und kleinen Gewerbe- treibenden, denn der gemeine Wert, der der Grundsteuer in Travemünde zugrunde gelegt werde, sei ein ganz anderer als der Grundsteuerertrag, wie er angewendet werden soll. Vor allem aber müßten die Leute erst Eigentümer des Grund- und Bodens sein, ehe man an die Eingemeindung heran- treten könne. Schlutup werde uns viel Geld kosten und Gneversdorf eingemeindet sei völlig wertlos. Travemünde habe Lübeck allerdings 750000 Mk. gekostet, aber die Ge- meinde traffe doch keine Schuld. Um die Ländereien ringsum fruchtbringend anzulegen, sie verkaufen zu können, müßten natürlich angemessene Straßen gebaut werden. Der Staat hat die Bodenlast von einem Privatmann gekauft und sei nun auch verpflichtet, sie zu unterhalten. Die Gemeinde Travemünde habe von den Einnahmen der Seebadeanstalt nichts bekommen. (Gelächter.) Ja, aber Lübeck hat doch in- direkt den pekuniären Vorteil gezogen. Die Stadt Lübeck hat aus Travemünde ein Reineinkommen von 14000 Mk., die Staatseinkommensteuer ist von 10000 auf 38000 Mk. ge- stiegen. Die Einnahmen Travemündes, ich schätze sie auf mindestens eine Million im Jahre, kommen wieder Lübeck zugute. Also haben die 740000 Mark doch Früchte getragen. 312000 Mark sind seitens Travemündes zur Versicherung aufgebracht worden, da gehört es sich doch, daß Travemünde in der Ver- waltung etwas mitzureden hat. Gegenläufige von Stadt und Strand bestehen nicht. Werden den Travemündern keine Schwierigkeiten bereitet, von uns kommen solche gewiß nicht. Wir haben aus den laufenden Ausgaben sogar 3200 Mk. für den Seebau gezahlt, da kann man doch nicht sagen, wir seien nicht in der Lage, den Anforderungen gerecht zu wer- den. Der langjährige Gemeindevorsteher Meinke hat sich die Eingemeindung ebenfalls anders vorgestellt. Ja, wenn Sie die Einwohner Travemündes mit denen Lübecks gleich- stellen würden, dann hätte niemand etwas dagegen. 16 Kilometer trennen Travemünde von Lübeck, das ist ein großes Hindernis im Verwaltungsapparat, den darf man aber nicht auf Telephongespräche aufbauen. Vereinfachen sollte man die oberen Verwaltungen; davon hört man jedoch nichts, trotzdem schon jahrelang eine Kommission sich mit der Frage befaßt. Es ist nicht so leicht für einen Beamten, sich in Travemünde zurechtzufinden, unsere Fächerbevölkerung ist sehr schwierig zu behandeln, dazu gehört ein Mann, der bei den Leuten aufgewachsen ist. Die liber- talen und demokratischen Parteien fordern die Selbstverwaltung auf Grund des allgemeinen, direkten und

geheimen Wahlrechts. Dieses besteht in Travemünde. Wer deshalb für die Beilegung der Selbstverwaltung stimmt, stimmt gegen die fundamentalsten Grundsätze seines eigenen Parteiprogramms. (Lachen.) Wenn die Straßenbauabgabe eingeführt wird, zieht dies einen großen Abzug der Renten nach sich. Wollen Sie das Feuerlöschwesen im vollen Um- fange durchführen, nach dem jeder vom 21. bis 60. Jahre verpflichtet ist, der Zwangsfeuerwehr beizutreten, dann stoßen Sie die Willenbesitzer vor den Kopf, denn diese stellen sich nicht vor die Pumpe; es bleibt also nichts anderes übrig, als eine ständige Wache einzurichten. Was soll denn mit den langjährigen Travemünder Beamten geschehen? Sollen sie kurzerhand beiseite geschoben werden? Ein Grund zur Änderung des bisherigen Verhältnisses liegt nicht vor. Der Vertrag ist nur, daß wir zu den bisherigen Behörden noch eine neue bekommen. Gemeinden Sie Travemünde nicht ein.

Senator Dr. Neumann: Der Vorredner ist von einem ganz falschen Grundgedanken ausgegangen, denn ein Interessenkampf, wie er meinte, kommt gar nicht in Betracht. Weiteren kann Travemünde durch den Anschluß nicht; bisher schon hat Lübeck es nicht an Interesse für Travemünde fehlen lassen. Was Trave- münde heute ist, verdankt es den Aufwendungen, die Senat und Bürgerchaft für das Städtchen gemacht haben. (Zustimmung!) Travemünde wäre nie in der Lage gewesen, 11000 Badegäste heranzuziehen. Senat und Bürgerchaft ist ohne weiteres berechtigt, die Einverleibung vorzunehmen, darüber gibt es keinen juristischen Zweifel. Die Trave- münder sind wiederholt befragt worden, wie sie sich zur Ein- gemeindung stellen. Unsere Verhältnisse sind doch wesentlich anders als in Preußen; wir sind ein Stadtstaat, in dem das Wohl nicht von den einzelnen Gemeinden, sondern hauptsächlich vom Wohl der Stadt abhängt. Die Gemeinde- verwaltung Travemündes würde, wenn sie so fortfahren würde, dafür sorgen, daß in 10 oder 20 Jahren das Ver- mögen nicht allzu groß bleibt, welches übergeführt werden könnte. Travemünde hat bisher regelmäßig 80 Prozent Ein- kommensteuer erhoben, erst seit die Eingemeindungsfrage leb- hafter erörtert wird, wurde sie auf 15 Prozent herabgesetzt. Das ist doch schon verächtlich. Redner bemängelt verschiedene Ausführungen Grünaus im einzelnen, betont, daß Trave- münde eine unermessbare Zukunft habe. Hamburg, die Millionenstadt, habe einen jährlichen Bevölkerungszuwachs von 50000 bis 60000 und für diese sei Travemünde weit- aus das nächstliegende Seebad. Die Hamburger würden absolut nicht abgesehen durch die Eingemeindung, dazu seien sie viel zu großzügig veranlagt. Sollte die Straßen- bauabgabe für Travemünde eingeführt werden, dann ließe sich zur entsprechenden Zeit wohl noch darüber reden. Gneversdorf habe man zu Neu-Travemünde hinzuziehen müssen, es habe seither als Annex zu Travemünde gegolten. Die Grundsteuer werde erst erhoben, wenn das Ablösungs- gesetz in Kraft getreten sei. Wer sich nicht ablösen könne, der brauche auch keine Grundsteuer zu bezahlen. Ein Rechen- fehler ist Herrn Grünau damit unterlaufen, daß Travemünde nicht in zehn Jahren 312000 Mark aufgebracht hat, sondern in 39 Jahren. Die Entfernung Travemündes von Lübeck kommt immer weniger in Betracht; geht doch die Elektrifizierung schon nach Kücknick, da ist es doch nicht ausgeschlossen, daß sie auch nach Travemünde weitergeführt wird. Eine gemein- same Geschäftsstelle wird die Verwaltung vereinfachen. Die politischen Töne des Herrn Grünau treffen gerade bei dieser Vorlage daneben, es kämen hier nur praktische und sachliche Gründe in Betracht. Herr Meinke hat sich rückhaltlos für die Eingemeindung Travemündes ausgesprochen, als Grünau anführte. Und dieses Urteil ist beachtenswert. Ich möchte diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne Herrn Meinke den Dank des Senats für seine Travemünde geleisteten Dienste auszusprechen.

Hörs: Von den ausgegebenen Summen für Trave- münde müßten die Kosten für den Fischhafen und Brücken abgerechnet werden, dies gehört doch zu den Lasten für die Schifffahrt. Auch ein Teil für Straßenbauten zählt nicht mit. Travemünde zahlte 5400 Mk. Schulabgaben, während Schlutup nur 1500 Mk. bestreitet. Man darf auch einmal ausrechnen, was wir Schlutup zugewandt haben, da kommt nicht weniger heraus als bei Travemünde, und dabei haben wir von Schlutup kaum eine Verzinsung für das Kapital. Wenn jemand eine Fabrik im Staatsgebiet errichten will, hat er so viel Scherezeien, daß er froh ist wieder wegzukommen, so gehen die Redensarten. Zwecklos ist die Ein- gemeindung Gneversdorfs. Die Landgemeindegemeinde sind alle verfahren, sie erfordern große Summen. Wahr ist, daß die Hamburger ihre Sommerhütten dorthin bauen, wo sie billig mit der Steuer wegkommen. Lehnen Sie die Eingemeindung Travemündes ab.

Hent (Dümmisch) erinnert daran, daß neun Zehntel der Einwohner Travemündes gegen die Eingemeindung sind. Deshalb sei diese überflüssig. Landgemeinden anzugliedern

denkbar. Seit Sie von Johnsons weg-
fuhr, fuhr er fort, nachdem ihm Reichardt mit einiger Be- fremdung gefolgt war, „scheint der alte Blad sein beson- deres Zutrauen auf mich übertragen zu haben. Ich muß wenigstens jeden Abend vor dem Geschäftsbesuche zu ihm kommen, und er hat immer einige besondere Aufträge für mich. Als ich heute Abend nach der Office kam, ist der alte Mann bleich wie der Tod vor einem Briefe, der eben an- gekommen sein mußte, und steht, als er mich sieht, von seinem Sessel auf, als könne er kaum seinen Beinen trauen. „Bill, holen Sie mir rasch einen Wagen,“ sagte er, „lassen Sie ihn aber von den anderen nichts Besondere bemerken!“ Als ich aber mit dem Wagen zurück bin, liegt der Alte mit dem Kopfe auf seinem Pulte und weiß von sich selbst nichts. Zum Glück war der Doktor nebenan zu Hause, der ihn wieder zu einer Art Besinnung brachte, sich aber dazu auch gleich mit ihm in den Wagen setzte und den Kranken nach seinem Quartier brachte. Ich hatte mir nichts anmerken lassen sollen, sagte also auch dem Doktor von dem Briefe nichts; schickte aber den Porter fort, um einen von den jungen John- sons anzukommen — der alte Herr liegt schon seit einer Woche hart krank — was denken wir aber wie gewöhnlich kein einziger dabei, und so hielte ich es für das Beste, selbst einmal in den Brief, der offen lag, zu sehen. Ich bin noch immer schlecht in meinen Englisch bescheiden, aber ich buch- stabierte doch so viel heraus, daß das Schiff Mary Lee zu- rückgegangen und nur die Mannschaft gerettet worden sei, daß die telegraphische Depesche darüber, allem Anschein nach im Interesse einer gewissen Versicherungs-Kompagnie, die irgend einen Schlag auszusprechen beabsichtige, zurückgehal- ten werde, und daß jeder an der Ladung Beteiligten am besten sei, sofort nach dem Rechten zu gehen. Ich wagte nicht, ob ich mit jedem Worte, das ich über den Inhalt redete, mehr verbesere, als gut machen konnte, und ließ die Schrift, wo sie war und wo sie stehen mußte, von dem Johnsons gleich entfernt werden. Als Sie zu mir kamen, vermag ich über Ihren Blasen Geschichte sogar die ganze Geschichte, und erst jetzt fiel mir ein, daß Großs an der ganzen Sache wohl etwas beteiligt sein könnten, als Blad oder Johnsons, und daß ich Ihnen ebenfalls noch ein Wort darüber sagen sollte.

„Und wo ist der Brief jetzt — wird ihn nicht der alte Blad längst haben holen lassen?“ unterbrach ihn Reichardt eilig.

Der Alte ist noch immer nicht bei rechter Besinnung,“ erwiderte der andere, „ich fragte in seinem Hause nach, ehe ich hierher ging, und gerade deshalb habe ich Ihnen jedes Wort von der Geschichte erzählt.“

Reichardt machte süßlich erregt einen raschen Gang durch das Zimmer. „Sie muß das Papier selbst sehen, Meißner,“ sagte er, plötzlich stehen bleibend; „Großs sind wirklich zu einem großen Teile an der Ladung der Mary Lee beteiligt, und was geschehen kann, um einen Schwindel der Versiche- rungs-Gesellschaft zu verhindern, muß sofort geschehen. Dazu gehört aber wenigstens ein begründeter Verdacht, der sich nur durch den Brief feststellen läßt — können wir jetzt nach der Office von Johnsons gelangen?“ der Porter schlüßte ja wohl im unteren Raume, und ein Vorwand muß sich finden —

„Können? Natürlich können wir!“ rief der Kupfer- schmied, fuhr sich mit der Hand hinter die Ohren, „was dann aber, wenn der Brief morgen früh nicht mehr da ist? denn um das einfache Hineinsehen wird es Ihnen ja wohl nicht zu tun sein!“

„Hören Sie, Meißner,“ rief Reichardt, den anderen bei beiden Armen ergreifend, „morgen ist der Brief wahrschei- nlich nicht mehr wert, als ein Stück Papier; heute aber können wir neben Großs Kapital wohl auch das Interesse von John- son oder Blad retten. Wagen Sie einmal für den schlimm- sten Fall Ihre Stelle. Sie machen damit, wenn Sie Ihr Englisch nicht betrogen hat, den Einsatz für einen viel beden- tenderen Gewinn.“

„Barnäris also!“ rief der Kupfer- schmied, seinen Hut jetzt auf den Kopf schlagend, „die Sache ist mir ein bißchen wichtig, aber Sie haben wohl noch keinen Menschen zu etwas Urteilstem geraten.“

„Und hoffe es auch niemals zu tun, verlassen Sie sich darauf!“ gab Reichardt zurück, und in der nächsten Minute hatten die beiden jungen Männer schon Schritte den Weg nach Johnsons Geschäftsbesuche eingeschlagen. „Es ist kaum eins,“ sagte der Kupfer- schmied, welcher an der nächsten Laterne seine Uhr gezogen hatte, nachdenklich, „und wahr- scheinlich der jenseitige Porter, der keine Abende gern lange braucht, noch nicht einmal zu Hause. Wir könnten uns wohl, wenn wir nicht zwei oder drei Stunden warten wollen, einen Weg aus dem Hinterhause nach der Office bahnen, könnten aber auch dabei als ganz ordinaire Einbrecher oder

dergleichen abgefaßt werden — wem aber durchaus selb- müßte.“

„No, no!“ erwiderte Reichardt, der sich über den todes- verachtenden Ton von Meißners letzten Worten eines Wächters nicht erwehren konnte, „wir sind die Personen, von denen jetzt alles abhängt, und dürfen uns deshalb keiner un- nötigen Gefahr aussetzen. Sehen wir, wie wir die Sachen finden, und nehmen dann unsere Maßregeln — vorläufig vertraue ich auf gutes Glück; die Sache ist zu sonderbar um mich heranzukommen, als daß ich einen Fehlschlag sehr fürch- ten sollte!“

„Auch ein guter Glaube — aber nur los; einmal eine Sache unternommen, bin ich zu allem fertig!“ brummte der Kupfer- schmied und schweigend setzten beide nebeneinander ihren Weg fort.

Die Straße war völlig menschenleer, als Reichardt und Meißner ihr Ziel erreichten, und letzterer, der mit einem Ent- schlusse fertig geworden zu sein schien, begann ohne Zögern an eine der großen Türen zu pochen; aber nur ein lautes gewaltiges Bellen antwortete. „Ob uns das Bieh nicht einen Strich durch die Rechnung machen wird?“ rief der Kupfer- schmied, sich umkehrend; „es ist wie ein Wolf bei der Nacht und will nur den Porter, der mit ihm schläft, tönnen.“

„Ich meine doch, mich sollte der Kerl noch kennen,“ er- widerte Reichardt herantretend; „vor weiterem Bogen aber lassen Sie mich eine Unternehmung anstellen; ist der Porter zu Hause, so muß der Schlüssel innen stecken!“ Er wandte sich nach der nächsten Türe, welche den gewöhnlichen Eingang bildete, öffnete sein Taschenmesser und schob dieses in das Schloß; wie überrastet aber wandte er sich wieder zurück. „Die Türe ist offen, Meißner,“ sagte er halblaut, „aber kein Schlüssel da!“

„Richtig, wieder einmal eine Lumpenwirtschaft!“ versetzte dieser hinzutretend, „warum wollen die Herren keinen ge- wissenhaften Deutschen nehmen und stellen einen niederländischen Friseur herein! Der Kerl ist mit einem halben Stiche weggegangen und hat vergessen, zu schließen!“ Er versuchte die Türe aufzubrechen, aber ein grimmiges Knurren dahinter ließ ihn davon abstecken. „Ohne Spektakel würde's schwerlich abgehen,“ fuhr er bedenkenlos fort, „und die Postzeit ist nie- mals weit von hier.“

(Fortsetzung folgt.)

sei erst recht unbegreiflich, dagegen verleihe man die Notwendigkeit der Einverleibung des Industriegebietes. Erst hätte man die Realitäten abklären sollen und dann die Vorlage einbringen. Die Gneversdorfer sind alles gute Jäger, sie wünschen ihre Jagd zu behalten und möchten wissen, wie es damit steht. Redner tritt gegen die Eingemeindung außer des Industriegebietes ein.

Senator Dr. Neumann: Ich habe schon angeführt, daß die Grundbesitzer, deren Besitz noch mit Lasten beschwert ist, solange nicht zur Steuer herangezogen werden, bis das Ablosungsgesetz in Kraft getreten ist. Der Gemeinde Gneversdorf bleibt die Jagd erhalten. Israelsdorf hat seinen Aufschwung nur Lübeck zu verdanken, seine ganzen Abgaben bestreitet es aus der Luftbarkeitssteuer. Wir haben erst diesen Sommer noch ein zweites Gesele dorthin gelegt.

Dr. Schöler: Wir begrüßen die gesamte Vorlage als einen Fortschritt und werden ihr deshalb zustimmen. Alle diese Orte sind mit Lübeck eine Verkehrs- und wirtschaftliche Einheit, die auch eine Einheit der Verwaltung erfordert. Wenn alle Bedürfnisse, die hier der Fortschritt erfordert, von einer weitläufigen Verwaltung beraten werden, wird das Resultat besser sein als bei Einzelverwaltung kleiner Körperschaften, die nur Lokalinteressen vertreten. Gerade dort, wo die Gegenden von Arbeitern besiedelt werden, können kleinere Gemeinden den hygienischen Anforderungen nicht so gerecht werden wie dies bei der Eingemeindung der Fall sein wird. Schon deshalb wird wir für die Vorlage. Wir stimmen mit dem Senat überein, obwohl wir nicht glauben, daß seine Motive so ganz dieselben wie die unserigen sind. Der Senat bestreitet, daß politische Momente mitzuzählen. Und doch muß er zugeben, daß gerade in Moisling, als die Arbeiter in den Gemeindevorstand eindringen wollten, das Stadt- und Landamt plötzlich die Eingemeindung wollte. Da griff der Senat gleich zu. Ebenso wars früher in Borwerk-Wilhelmsböhe. Da hatten die Arbeiter sich auch gerade Geltung und Einfluß im Gemeindevorstand verschafft. Wir sehen aber über dieses hinweg, weil uns höhere Gesichtspunkte für die Eingemeindung bestimmen. Die Herren Grünau und Böhs suchten die Bürgererschaft dadurch großartig zu machen, daß die Eingemeindung dieser Orte große finanzielle Lasten auferlege. Sie sind allerdings nicht so sehr gering, wie das Stadt- und Landamt sie schildert, gerade wenn sie sich auf Einrichtungen ausdehnen, die die einzelnen Gemeinden nicht tragen können. Gerade diese Redner haben ja bewiesen, daß die Gemeinden nicht mehr imstande sind, diese Lasten zu tragen. Ich erinnere nur an den grauenhaften Zustand der Wege. Schon früher wies ich darauf hin, daß die Landwege, wo Arbeiter wohnen, in miserabler Verfassung sind. Schon deswegen ist es dringend notwendig, sie in die größere Gemeinde aufzunehmen. Wir dürfen uns durch finanzielle Sorgen nicht davon abhalten lassen, müssen im Gegenteil das Interesse der Bewohner wahren. Dieses Interesse wird besser gewahrt von der allgemeinen Kasse, als wenn die Lasten von wenigen Grundbesitzern und Arbeitern kleiner Gemeinden getragen werden sollen. Das Schulwesen wird schon jetzt von der Gemeinde verwaltet. Daß Verbesserungen notwendig sind, zeigen die früher angeführten Verhältnisse von Travemünde und Moisling. Eine Besserung tritt aber eher ein, wenn diese Gemeinden zur Stadt gehören, als wenn in kleinen Landgemeinden die Gefahr besteht, durch Fortschritte im Schulwesen die Umlagen erhöhen zu müssen. Zu bedauern ist nur, daß die Kirchenverhältnisse von dem Gesetz nicht betroffen werden. Es sind unerhörte Zustände, wenn es vorkommt, daß die Kirchensteuer die Hälfte der Einkommensteuer ausmacht. Die erste Aufgabe des Senats und der Bürgererschaft ist, hier Remedur zu schaffen. In Rüdnic wurde für die religiösen Bedürfnisse schon gesorgt, ehe Einwohner vorhanden waren. Jetzt sind Einwohner da, diese haben kaum ein rechtes Unterkommen, müssen aber trotzdem die unerhörten Kosten für Geistlichkeit und Kirche tragen. Hier muß eine baldige Aenderung erfolgen. Herr Grünau beschwerte sich, daß wir die Selbstverwaltung aufgeben. Ich hoffe, Herr Grünau wird in der Bürgererschaft mit uns stimmen, wenn wir Anträge auf Verbesserung der Selbstverwaltung in Stadt und Staat stellen; dann ist eher etwas zu erreichen als heute in kleineren Gemeinden. Die Selbstverwaltung der Lübecker Gemeinden ist schon jetzt so beschränkt, daß nicht mehr viel zu verlieren ist. Selbstverwaltung bedeutet nicht, daß ein paar Rentner einen kleinen Ort selbst verwalten sollen, sondern die Selbstverwaltung eines wirtschaftlich zusammengehörenden Gebietes. Wir geben kein Selbstverwaltungsrecht auf, sondern hoffen mehr Unabhängigkeit und Selbstverwaltung zu bekommen. Gerade bei dieser Vorlage tritt die Unhaltbarkeit unserer Bürgerchaftswahlrechts hervor. (Hent: Was!) Hier wird glänzend gezeigt, wie recht wir haben, wenn wir sagen, daß der größte Teil der Bevölkerung rechtlos ist. Ein Vorzug ist insofern in der Vorlage enthalten, daß die kleinen Gemeinden einen Vertreter zur Bürgererschaft behalten sollen, wenn auch der Zahl ihrer Einwohner entsprechend sie im Verhältnis zu den Bewohnern Lübecks einen Anspruch darauf nicht erheben können. Hier wird gezeigt, wie ungerecht in Lübeck große Kreise vertreten sind. Die Bürger Moislings und Travemündes, die unter 2000 Mark versteuern, können nur alle 6 Jahre wählen. Hoffentlich wird dies bald geändert. Gegen die Eingemeindung von Israelsdorf zu stimmen, liegt kein Anlaß vor. Der Senat hat schon angeführt, wenn sich in Israelsdorf eine Villenkolonie entwickeln soll, diese nicht auf Kosten der übrigen Steuerzahler gesehen soll. Wir wundern uns, daß mit Schönhöden eine Ausnahme gemacht wird. Wir können nur wünschen, daß dieser Ort bald einbezogen wird. Noch einige Worte über Travemünde. Die wirtschaftlichen und Verkehrsverhältnisse bieten keinen Anlaß gegen die Eingemeindung. Heute haben wir schon das Gas und die Elektrizität gemeinsam. Zu bedauern ist nur, daß es nicht möglich war, für Travemünde die gleichen Bedingungen für Gas und Wasser wie in Lübeck zu schaffen, so daß Travemünde hierfür mehr bezahlen muß wie Lübeck. Sätte Travemünde damals schon zu Lübeck gehört, wäre eine solche Ausnahme nicht möglich gewesen. Deshalb hat Travemünde ein Interesse, denn nach der Eingemeindung werden solche Ausnahmegestaltungen nicht mehr möglich sein. Auf die besonderen Markberühnungen, ob Lübeck oder Travemünde mehr Vorteil haben, will ich nicht weiter eingehen, zu leugnen ist jedoch nicht, daß Lübeck viel Geld aufwandte, wogegen die Aufwendungen Travemündes verschwinden. Herr Grünau hob die Grundsteuer hervor, die die Hamburger abschlagen würden. Ich sehe nicht ein, weshalb den reichen Leuten, die Billion für 150 000 Mark hinstellen lassen, nicht auch ein Teil der Lasten auferlegt werden soll. Die Fragesteller haben diesen Herren die erste Eingemeindungs-vorlage zugestellt. Ob sie nun dagegen oder dafür sind, das kommt nicht in Betracht, denn nicht nur die Vorteile dürfen abgemogen werden; für sie besteht die Verpflichtung, etwas zu den Lasten beizutragen. Eine zweite Frage ist die Abwälzung der Grundsteuer auf die Mieten. Eine Erleichterung bildet der Wegfall des Zuschlages zur Einkommensteuer. Mit dem Schulgeld werden diejenigen besser gestellt, die unter 800 Mark Einkommen haben; sie bezahlen jetzt 8 Mark Schulgeld und genießen durch das neue Verhältnis eine Erleichterung. Die Wohnungsnot Travemündes übertrifft alles. Wird einem Arbeiter die Wohnung gekündigt, kann er keine mehr finden, weil keine mehr vorhanden sind. Die noch vorhandenen sind in einem solchen Zustande, daß wir es nur begrüßen können, wenn unter Wohnungsverordnungen auf Trans-

mände ausgedehnt wird. Eine unbefriedigende Steigerung der Mieten ist im letzten Vierteljahr dort vorgekommen. Hier hat die Gemeinde Travemünde beim Bauen von Arbeiterwohnungen völlig versagt. Ich hoffe, daß solche bald gebaut werden, und nicht nur für Willenbesitzer. Ich hätte die Behörde für Travemünde auch gern anders zusammengesetzt gesehen, nicht durch Senat und Bürgerausschuss, sondern auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts. Wir müssen das jetzige System leider mit in Kauf nehmen. Die Wahl der bürgerlichen Deputierten sollte durch die Einwohner mindestens durch die Bürgererschaft erfolgen. Ich bitte, sämtliche Orte einschließlich Travemündes Lübeck einzuverleiben.

Dr. E. Meyer empfiehlt die Eingemeindung und weist auf die Kommissionsberatungen hin, in denen er sich wiederholt mit Herrn Grünau auseinandergesetzt habe. Aber in dessen Brust wohnt in dieser Beziehung zwei Seelen. Es könne keine Rede davon sein, daß wir von Travemünde Geld holen wollten. Ein vernünftiger Mann könne kein grundfährlicher Gegner jeder Eingemeindung sein. Vom Ablosungsgesetz erhoffe man sehr viel Gutes, aber unmöglich könne ein anderer Weg eingeschlagen werden, als der eingeschlagene Weg des Senats. In der Kommission habe sich manche große Schwierigkeit mit diesem Ablosungsgesetz ergeben, schwieriger zu lösen als die Eingemeindungsfrage. Herr Meinte habe sich bedingungslos für die Eingemeindung erklärt, obwohl seine Wünsche nicht voll befriedigt seien. Redner befürwortet ferner die Weiterbeschäftigung der Beamten Travemündes und führt Aufgaben an, die Herr Grünau unterlassen habe anzuführen. Doch komme es auf die genauen Summen nicht an, darin teile er den Standpunkt Dr. Schölers. Die Jagd für Gneversdorf bleibe erhalten, solange es so läudlich bleibe. Außerordentlich gestreut habe er sich über Dr. Schölers Rede. Die Kommission habe beschlossen, daß am bisherigen Wahlrecht der Gemeinden nichts geändert werden soll, vom Senat sei kein Widerspruch erfolgt. Daß die Kirchenverhältnisse noch nicht berührt wurden, liege an den verschiedenen Verhältnissen in den Gemeinden. Sie würden geprüft und den städtischen mit der Zeit angepaßt. Wesloe könne vielleicht auch entzogen werden. Die Hauptsache sei die stetige und kraftvolle Entwicklung unseres Staatswesens.

G. Reimpell spricht sich ebenfalls für die Eingemeindung aus, hätte aber doch das Ablosungsgesetz eher und tiefer erleuchtet gesehen. Die Abgaben Israelsdorfs würden wohl allein von den Luftbarkeitsergebnissen getragen, doch sei das kein Erfolg der Israelsdorfer, sondern allein Lübeck zu danken. Wenn ein Hamburger pro Rille 1,75 Mark bezahlen müsse, für einen Besitz von 100 000 Mk. also 175 Mk., so ziehe er noch lange nicht fort.

Prof. Dr. Grube dankt der Kommission für die mühevollen Arbeit und erkennt in der Vorlage einen Markstein in der Entwicklung Lübecks. Er wünscht Hohewarte und Wesloe in das Gebiet eingeschlossen. In den Fragen des Städtebaues sei die Gemeinde am weitestblickendsten, die Jahrzehnte den Bedürfnissen vorausseile. Redner stellt das Ersuchen an den Senat, die Landgemeinde Wesloe zur Eingemeindung heranzuziehen.

Grünau geht nochmals auf alle Einzelheiten ein, betont insbesondere die Einmütigkeit der Travemünder in der Ablehnung der Eingemeindung und verliest Briefauszüge Hamburger Willenbesitzer in Travemünde, die bei erhöhten Lasten angeht die Absicht hegen, ihren Besitz dort zu verkaufen. Besonders bedauerlich ist die Ansicht Dr. Schölers, er weicht damit ganz bedenklich von seinem programmatischen Standpunkt ab. (Zuruf Stelling: Haben wir denn eine wirkliche Selbstverwaltung?) Ich denke doch, ja. Die ärmere Bevölkerung in Travemünde wird durch dieses Gesetz nichts haben. Bei der nächsten Wahl in Travemünde wird sich Herr Dr. Schöler wundern, wie wenig dort für ihn zu haben sein wird. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das lassen Sie unsere Sorge sein!) Jedenfalls müssen die Travemünder Bürger ihre Verwaltung selbst wählen können; wenigstens ihre bürgerlichen Deputierten. Danach müßte allerdings der § 72 der Verfassung geändert werden.

Hent (Wültsch) kommt nochmals auf das Ablosungsgesetz zu sprechen und läßt sich unter großer Heiterkeit über die „Befruchtung“ Israelsdorfs aus. Aug. Pape spricht für Kommissionsberatung und bedauert die fehlenden zweiten Lesungen. Jedenfalls müßte man den Gemeinden das Recht überlassen, ihre Deputierten in die Verwaltung selbst zu wählen. Man sollte nicht voreilig mit der Eingemeindung sein, insbesondere nicht, wenn sich Travemünde einstimmig dagegen erkläre.

Bade (Schlutup): Die Industriellen Schlutups kommen nicht besser weg als die anderen Gemeinden. Wir haben den Antrag auf Eingemeindung gestellt im Interesse unserer Arbeiter. Wer Staatssteuern bezahlt, muß auch Gemeindeabgaben zahlen. So würden die in Schlutup anhängigen großindustriellen Arbeiter benachteiligt gegenüber denjenigen, die im Industriegebiet ihren Wohnsitz haben. Vielleicht ließe sich bei der Pflichtfeuerwehr eine Einrichtung treffen, nach der man gegen eine bestimmte Abgabe vom Dienst befreit werden kann. Redner ersucht um sofortige Erledigung der Vorlage.

Dr. E. Meyer wendet sich gegen Kommissionsberatung und Aug. Pape spricht nochmals für kommissarische Prüfung.

Kommissionsberatung wird abgelehnt. In der Spezialberatung beantragt Grünau Travemünde, Padelhoff (Reefe) Genin und Hent (Wültsch) Israelsdorf zu streichen.

Diese Anträge werden abgelehnt, die Senatsfassung angenommen. Danach werden dem Stadtgebiete einverleibt: Travemünde, Gneversdorf, Siems, Rüdnic, Hochofenwerk mit dem Gemeindebezirk Dummersdorf, das Gebiet der Trave bis zum Hochofenwerk, Krepelsdorf, Borwerk, Moisling, Genin, Strednic, Israelsdorf, Götmund, Schlutup.

Es wird weiter eine Reihe von Einzelanträgen gestellt. Dr. Schöler wünscht, daß in Moisling ein Beamter eingesetzt wird, damit die Arbeiter nicht erst nach Lübeck zu gehen brauchen.

Schätelig ersucht mit Unterstützung von H. Thiel in Zukunft zu schreiben: Lübeck-Krepelsdorf, Lübeck-Moisling, Lübeck-Genin, Lübeck-Borwerk usw. Im Interesse der Industrien seien diese Bezeichnungen notwendig.

Die Bürgererschaft stimmt dem zu. Grünau beantragt: Die Wahl der bürgerlichen Deputierten wird durch die Bürger des Stadtteils Travemünde und Seebad in geheimer Abstimmung vorgenommen.

Dr. Thiel bringt redaktionelle Aenderungen vor. Die Wahl der ausscheidenden bürgerlichen Deputierten soll der Reihe nach folgen: nach 2, 3, 4, 5 und 6 Jahren je einer. Dr. Gilbert möchte für den neuen Stadtteil die einfache Bezeichnung: Travemünde.

Senator Dr. Neumann: Der amtliche Titel: Kurort und Seebad Travemünde ist aus gutem Grunde gewählt und kann nicht geändert werden.

Dr. Schöler: Die von Herrn Grünau empfohlene Wahl wäre eine Beschränkung des Wahlrechts der Einwohner Travemündes. Sie ist gar nicht angebracht. Ich stelle den Antrag: Die bürgerlichen Deputierten des Kur- und See-

habes Travemünde werden durch allgemeine, gleiche und geheime Wahl aller volljährigen Einwohner Travemündes gewählt.

Beide Anträge werden abgelehnt. Dr. Hartwig bringt ebenfalls eine Reihe Aenderungsanträge ein. Sie werden angenommen.

Schätelig erkundigt sich nach dem Bericht der Kommission, die Herstellung anbaufähiger Wege in den Landgemeinden betreffend.

Dr. Wittern erklärt, daß die Beschlüsse der Kommission von großem Einfluß auf das Gesetz seien. Grünau beantragt weiter: Das Vermögen des Armenkollegiums in Travemünde und Legate dürfen nur für die Armenlasten des Städtchens verwendet werden.

Vom Senatliche wird diesem Antrage widerprochen. Die Stadt übernehme die Pflichten und fordere die Gesamtübernahme.

Der Antrag wird abgelehnt. Dr. Schöler beantragt, die Garantiesumme Moislings für die Straßenbahn aufzuheben.

Senator Dr. Neumann: Es geht nicht an, eine erst kürzlich angenommene Verpflichtung wieder aufzuheben.

Dr. E. Meyer ersucht, das Gesetz am 1. April 1913 in Kraft treten zu lassen, soweit es sich aber um die Maßnahmen zu dessen Durchführung handelt, mit sofortiger Wirkung. Redner stellt ferner das Ersuchen an den Senat, mit Rücksicht auf die Nähe und engen wirtschaftlichen Beziehungen des Eingemeindungsgebietes zum Stadtbezirk die Ortstaxe im Briefverkehr auszuheben.

Beides wird angenommen. Nachdem das ganze Gesetz die Genehmigung durch die Bürgererschaft erhalten hat, gelangt noch ein Ersuchen von Dr. Grube zur Annahme, das den Bezirk Wesloe zur Eingemeindung empfiehlt.

Schluß 11 Uhr.

Aus der Partei.

Vier Preßprozesse auf einmal! Vor der Strafkammer in Ulm wurde zwei Tage gegen den Genossen Dr. Thälheimer, früheren Redakteur an der „Freien Volkszeitung“ in Göppingen, wegen Beleidigung durch die Presse verhandelt. Die Anklagen lauteten auf: 1. Beleidigung des verstorbenen Schultheisen und Landtagsabgeordneten Weiswanger in Gerabfetten; 2. Beleidigung des Gemeinderats in Gerabfetten; 3. Beleidigung eines Lehrers des Kirchengemeinderats und des Pfarrers in Beutelsbach; 4. Beleidigung einer öffentlichen Behörde, der vorgeworfen wurde, daß sie wegen Beschädigung der Achse eines Langholz wagens eine Unternehmung eingeleitet habe, als ob es darum handelte, einen Mörder zu suchen. In allen vier Fällen war öffentliche Anklage erhoben worden. Der Staatsanwalt, der sich außerordentlich scharf gegen den Angeklagten wandte, beantragte im Falle 1 eine Gefängnisstrafe von drei Monaten, im Falle 2 100 Mark Geldstrafe, im Falle 3 60 Mark Geldstrafe, im Falle 4 einen Monat Gefängnis! Das Urteil lautet: Fall 1 zwei Monate fünfzehn Tage Gefängnis, Fall 2 80 Mark Geldstrafe, Fall 3 50 Mark Geldstrafe, Fall 4 100 Mark Geldstrafe. Insgesamt wurde also auf eine Gefängnisstrafe von zweieinhalb Monaten und 280 Mark Geldstrafe erkannt. Die „Schwab. Tagwacht“ bezeichnet das Urteil als ein Tendenzurteil. Es zeigt, daß auch im gemüthlichen Schwabenlande gegen sozialdemokratische Preßhändler ein Wind weht, der sich an Schärfe in nichts von dem preußischen untercheidet.

Gesicht an die Jansbruder Sozialdemokratie. Wie die „Jansbruder Volkszeitung“ mitteilt, hat Dr. Grüner mit Frau die von ihnen auf dem Hungerburgboden erbaute Villa der sozialdemokratischen Partei Jansbruds bezw. deren Arbeiterheim zum Geschenk gemacht.

Als Landtagskandidat für Göppingen (Württemberg) wurde anstelle des zurückgetretenen Genossen Kinkel im Einvernehmen mit dem Landesvorstand Genosse Herpich Lokalredakteur der Schwäbischen Tagwacht mit 90 von insgesamt 97 abgegebenen Stimmen aufgestellt. Herpich war früher Kreisvorsitzender des 10. württembergischen Wahlkreises, zu dem Göppingen gehört, wurde bei Gründung der Freien Volkszeitung deren Redakteur, trat aber aus der Redaktion aus und in den Betrieb der Schwäbischen Tagwacht ein, als in Göppingen die selbständige Druckerei errichtet wurde. Seit einem Jahre ist Herpich Lokalredakteur der Schwäbischen Tagwacht. Bei der neutralen Stellung, die Herpich im württembergischen Parteistreit eingenommen hat, scheint er besonders geeignet, das gefährdete Landtagsmandat mit Erfolg zu verteidigen.

Gewerkschaftsbewegung.

Textilarbeiterstreik in Schwarzenbach a. S. Am Freitag haben etwa 180 Arbeiter der Schwarzenbacher Buntweberei und Spinnerei wegen Lohnunterschieden die Arbeit eingestellt. Zu dem schnellen Ausbruch des Streiks trug eine Beleidigung der Arbeiter durch den Direktor Kausler wesentlich bei. Der Mann glaubte seiner Sache dadurch dienen zu können, daß er seine Arbeiter Paulenzer schimpfte.

In Ermangelung eines Zuschlagsgesetzes. In Belber (Rheinland) befinden sich bei der Firma Wih. Weidtmann die Metallarbeiter im Ausstande. Obgleich die Streikenden sich musterhaft verhalten und nichts den öffentlichen Verkehr hindert, glaubte ein berittener Gendarm doch etwas für das bedrohte Kapital tun zu müssen. Ohne irgendwelchen Grund attackierte er die Passanten der Straße, in welcher die Geschäftslöcher der bestreitenen Firma liegen. Der Bevollmächtigte des Deutschen Metallarbeiterverbandes beschwerte sich über das Treiben des berittenen Gendarmen beim Oberbürgermeister. Dieser antwortete dann kurz und formell gewiß zutreffend, daß er nicht die Aufsichtsbehörde der berittenen Gendarmen sei, und ihm auch keine Anweisung zu geben habe.

Der Herr Oberbürgermeister fühlte sich dagegen berechtigt und verpflichtet, folgende Polizei-Verordnung zu erlassen:

Auf Grund des Allgemeinen Landrechts vom 5. Februar 1794, Teil II, Titel 17, § 10 und §§ 5 und 6b des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 wird hiermit mit Genehmigung des Gemeindevorstandes verordnet:

§ 1. Zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung wird jede Ansammlung von mehr als drei Personen und die Wandel- oder Fendelgänge in folgender Straßen der Stadt Belbert (folgen die Straßennamen) hiermit verboten.

§ 2. Zuwiderhandlungen werden mit einer Geldstrafe bis zu 9 Mark oder mit entsprechender Haft geahndet.

§ 3. Gegenwärtige Polizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung sofort in Kraft.

Belbert, 10. Oktober 1912.

Die Polizeiverwaltung. Der Bürgermeister. Dr. Dettler. Dieses Streikpostenverbot ist nach der bisherigen Rechtsprechung des obersten Gerichts ungesetzlich. Selbstverständlich wird gegen diese Polizeiverordnung Beschwerde geführt werden.

